

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



SCHWERPUNKT
SICHERHEIT

Sicher leben im Ort

INNENMINISTER KARNER

„Das Ziel muss sein,
dass sich **alle Menschen
sicher fühlen**“

GEFAHREN AUS DEM NETZ

Cyberkriminalität –
Die dunkle Seite
des Internets



Gemeinsam. Kinder. Stärken.

SPENDEN UNTER WWW.PROJUVENTUTE.AT
SPENDENKONTO: IBAN: AT61 2040 4000 4040 4600



SCHWERPUNKT
SICHERHEIT



© Adria - stock.adobe.com

Sicher leben im Ort: Von Polizeiarbeit und Videoüberwachung über Cybercrime bis Krisenmanagement – wie Gemeinden Sicherheit stärken und Bürgern ein gutes Gefühl geben.

- 04** „Das Ziel muss sein, dass sich alle Menschen sicher fühlen“
Interview mit Innenminister Gerhard Karner
- 06** Neunzig Prozent fühlen sich sicher
Umfragen zeigen, wo das Sicherheitsgefühl am höchsten ist
- 08** Vom Polizisten zum Bürgermeister
„Mann von der Straße“ als Gestalter der Gemeinde
- 10** Videoüberwachung
Videoüberwachung – Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser
- 14** Versicherungen
Den Schutzschirm für Gemeinden neu denken
- 20** Cyberkriminalität I
Die dunkle Seite des Internets



© Andrey Popov - stock.adobe.com

- 20** Cyberkriminalität II
Richtig handeln – Fehler vermeiden
- 22** Gemeinden als erste Krisenmanager
Interview mit Zivilschutzverbands-Präsident Christoph Kainz
- 24** Psychologie
Klare Worte vermitteln Sicherheit

AUS ERSTER HAND

GEMEINDEN ALS ANKER DER SICHERHEIT



Warum Führung, Ehrlichkeit und Zusammenhalt das Sicherheitsgefühl stärken

„Sicherheit“ – das ist ein enorm breites Feld. Vom Schutz von Menschen beginnend über technische & digitale Sicherheit bis zur finanziellen und sozialen Absicherung reicht der Bogen, der zudem noch von viel Emotion und individuellem Sorgenempfinden überlagert wird. Nicht zuletzt spricht man vom „objektiven Schutz“ einerseits aber auch vom subjektiven Sicherheitsempfinden. Und gerade dieses „subjektive Sicherheitsgefühl“ ist für uns in den Gemeinden enorm wichtig.

Es geht viel um Psychologie und Erwartungsmanagement. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in einer Krise nicht Perfektion, sondern redliche Führung“, schreibt Christoph Angerer, Kommunikationsexperte auf Seite 25 dieser NÖ Gemeinde Ausgabe. Also „Klarheit und Wahrheit“ vermitteln – selbst wenn es für uns in der Verantwortungsrolle oft so schwierig ist die Menschen damit zu konfrontieren – scheint der Goldweg zu sein. Denn das gibt auch Sicherheit, selbst wenn man’s als Bürger vom Bürgermeister nicht immer gerne hört, aber letztlich kann man sich danach auch richten.

Die großen Krisen wirken bis in unsere kleine Welt. In den letzten Jahrzehnten waren wir in unseren Gemeinden immer „außen vor“, wenn in der Welt was passiert ist. Es hat uns nicht „tangiert“. Seit der Flüchtlingskrise 2015 über Corona bis jetzt zum Irankrieg und den Energiepreisfolgen haben sich die Ereignisse in einer Schlagzahl verdichtet, sodass Krisenherde anderswo mittlerweile fast immer auch direkte oder indirekte Auswirkungen auf uns haben. Und das spüren die Menschen. Umso wichtiger wird sein, dass wir unsere Gemeinden – zumindest im menschlichen Bereich – noch mehr zu Rückzugsorten und Orten der Sicherheit machen. Zu Inseln, wo zusammengerückt wird und wo man sich aufeinander verlassen kann.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind wir zentrale Sicherheitsorganisatoren. Vor allem für diese gute Organisation des Zusammenlebens, für das Funktionieren – auch aller Sicherheits- und Auffangnetze in der Gemeinde – bis hin zur Feuerwehr und zum freiwilligen Besuchsdienst und vielen anderen müssen wir sorgen. Dann werden die Menschen in Zeiten der Unsicherheit in unseren Orten ein gutes Gefühl und in jedem Fall Sicherheit haben. Alles Gute und eine spannende Lektüre mit dieser „Sicherheitsausgabe“ der NÖ Gemeinde!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



„Das Ziel muss sein, dass sich alle Menschen sicher fühlen“

Innenminister Gerhard Karner weiß, wovon er spricht, wenn es um das Leben in der Gemeinde geht: Sechs Jahre lang war er selbst Bürgermeister in seinem Heimatort Texingtal. Im Interview spricht er über Bürgernähe, die wachsende Bedrohung durch Cyberkriminalität und darüber, wie Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger noch besser schützen können. [🔗](#) VON BERNHARD STEINBÖCK

NÖ GEMEINDE: Herr Minister, wenn Sie heute in Ihr Büro in der Herrengasse gehen: Wie viel „Bürgermeister-Gen“ steckt noch in Ihrer täglichen Arbeit?

GERHARD KARNER: Einmal Bürgermeister, immer Bürgermeister – ich bin sehr dankbar für die sechs Jahre Erfahrung als Bürgermeister in meiner wunderschönen Heimatgemeinde Texingtal. Das Wichtigste ist wahrscheinlich die Bürgernähe. Hier in der Herrengasse in Wien sind ja sehr viele Touristen unterwegs, die sind manchmal sehr verwundert, wenn sie von mir begrüßt werden. (lacht)

In Niederösterreich geben laut einer Kurier-Umfrage rund 90 Prozent der Menschen an, sich in ihrem Bezirk sicher zu fühlen. Ist dieses hohe Sicherheitsgefühl ein Verdienst der Polizei oder auch der engen sozialen Struktur in unseren Gemeinden?

Das Ziel muss sein, dass sich alle Menschen sicher fühlen. Es ist aber auch Tatsache, dass

wir in einem der sichersten Länder dieser Welt leben. Wir leben in einem freien demokratischen Rechtsstaat mit wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit. In den Gemeinden gibt es ein sehr gut funktionierendes Netzwerk aus vielen haupt-, aber auch ehrenamtlichen „Sicherheitskräften“. Das reicht von der Polizei über das Bundesheer bis hin zu Feuerwehr und Rettungskräften. Dafür beneiden uns viele andere Länder. Darauf können wir stolz sein und das müssen wir pflegen.

Ein wichtiges Element der Prävention ist die Initiative „GEMEINSAM.SICHER“: Wie können Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Programm noch aktiver nutzen, um die Lebensqualität im Ort zu steigern?

Gemeinden haben die Möglichkeit, Sicherheitsgemeinderäte oder ehrenamtliche Sicherheitsbürger zu bestimmen. Wichtig ist hier der Kontakt mit der zuständigen Polizeiinspektion. Dadurch können mögliche Gefahren frühzeitig

“ Wir leben in einem Umfeld, in dem **Cyberangriffe im Sekundentakt passieren**. Das kann jeden treffen – Gemeinden, Firmen und Private.



erkannt und Präventionsmaßnahmen direkt vor Ort in den Gemeinden umgesetzt werden. Dieser direkte Austausch steigert auch das Sicherheitsgefühl der Menschen.

Viele Gemeinden diskutieren über Videoüberwachung am Dorfplatz oder punktuelle Radarmessungen. Wo ziehen Sie als Innenminister die Grenze zwischen notwendiger Sicherheit und übermäßiger Überwachung?

Städte und Gemeinden haben den Wunsch geäußert, öffentliche Orte überwachen zu können, an denen es vermehrt zu gefährlichen Angriffen kommt. Wir sind diesem Wunsch nachgekommen und haben die Einrichtung von Videoüberwachung erleichtert. Es soll aber nicht von einem Schreibtisch in Wien entschieden werden, wo es Videoüberwachung gibt. Das ist Verantwortung der regionalen Behörden.

Cyberkriminalität ist das am schnellsten wachsende Deliktsfeld. Wir haben Fälle wie in Korneuburg oder Langenzersdorf gesehen, wo Rathäuser lahmgelegt wurden. Wie unterstützt das Innenministerium die Gemeinden konkret im Ernstfall?

Cyberkriminalität ist eine der großen Herausforderungen, die die Polizei derzeit intensiv beschäftigen. Während die Kriminalität insgesamt rückläufig ist, steigt die Zahl der Delikte im Onlinebereich. Dieser Entwicklung wirken wir massiv entgegen – erst vor kurzem wurde ein weiteres Cybercrime-Trainingscenter in Eisenstadt eröffnet, wo Polizistinnen und Polizisten schon ab der Grundausbildung intensiv geschult werden.

Die wichtigsten Punkte sind aber Prävention und Vorbeugung. Auch hier gibt es eine gute Kooperation zwischen Polizei und Gemeindebund, um Informationsveranstaltungen durchzuführen.

Gemeinden sind vom NIS-2-Cybersicherheitsrecht formell ausgenommen. Dennoch raten Experten zur Investition. Ist es nicht riskant, hier die Zügel locker zu lassen?

Wir leben in einem Umfeld, in dem Cyberangriffe in Wahrheit im Sekundentakt passieren. Das kann jeden treffen – Gemeinden, Firmen und Private. Betreibt eine Gemeinde etwa eine Kläranlage, ein Wasserwerk oder eine Abfallentsorgung als Regiebetrieb, dann unterliegt

sie für diese Bereiche auch der NIS-2-Richtlinie und es müssen Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Aber egal ob Privater oder öffentliche Hand, klein oder groß, einen ordentlichen Schutz gegen Cyberattacken benötigt jede und jeder.

KI-Szenarien machen auch vor Einzeltricks und digitalem Betrug nicht halt. Wie kann die Gemeinde als Informationsdrehscheibe fungieren, um vor allem ältere Mitbürger zu schützen?

In der Polizei gibt es viele Expertinnen und Experten für Kriminalprävention. Es werden Schulungen und Vorträge angeboten, aber auch Presstexte, Grafiken und Informationen zu aktuellen Betrugsmaschen zur Verfügung gestellt. Gerade hier ist es auch die Aufgabe von Sicherheitsgemeinderäten, diese Informationen zu übernehmen und zu teilen, beispielsweise in der Gemeindezeitung.

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl hat 2026 zum „Jahr der kommunalpolitischen Wertschätzung“ ausgerufen. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht die psychische Belastbarkeit von Ortschefs heute?

Angriffe und Untergriffigkeiten stehen leider mittlerweile an der Tagesordnung. Es ist durch Social Media sehr einfach geworden, jemanden völlig anonym zu attackieren oder zu vernadern. Daher halte ich, trotz Facebook oder Instagram, das persönliche Gespräch für unersetzbar. Das ist der direkte und ehrlichste Kontakt. Menschen sind im realen Leben viel freundlicher und wertschätzender als in sozialen Netzwerken. Daher empfehle ich, auf das Lesen von bösen Kommentaren in diesen Netzwerken zu verzichten.

Zum Abschluss: Welchen persönlichen Tipp geben Sie Ihren Bürgermeister-Kollegen mit, wenn es darum geht, in Krisenzeiten Ruhe zu bewahren?

Da ist wahrscheinlich jede und jeder anders. Im Innenministerium haben wir trotz oft hohem Zeitdruck durch Online-Nachrichten klare Vorgaben. Dazu zählen beispielsweise: In Ruhe einen Überblick verschaffen – nicht treiben lassen, die Bevölkerung nur über Fakten und nicht über Spekulationen informieren und sich bei möglichen und notwendigen Konsequenzen nicht von Emotionen leiten lassen. ■■■

“ Menschen sind im realen Leben viel freundlicher als in sozialen Netzwerken.



STIMMUNG

Neunzig Prozent der Menschen fühlen sich sicher

Die meisten Menschen in Niederösterreich fühlen sich sicher. Umfragen und Berichte zeigen ein insgesamt hohes Sicherheitsgefühl. Gleichzeitig gibt es Unterschiede zwischen Regionen, Bevölkerungsgruppen und Situationen. [VON HELMUT REINDL](#)

Das Sicherheitsgefühl in Niederösterreich ist hoch. Laut Sicherheitsbericht des Innenministeriums fühlen sich rund 91 Prozent der Menschen sicher oder sehr sicher. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Regional-Umfrage des KURIER. Dort gaben 90 Prozent der Befragten an, sich in ihrem Umfeld sicher zu fühlen.

Diese Zahlen stehen auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kriminalität. Laut Innenministerium ist die Kriminalität in Österreich seit dem Jahr 2017 um 5,7 Prozent zurückgegangen. Ein Rückgang von Straftaten kann das Sicherheitsgefühl stärken. Dennoch zeigt sich immer wieder, dass das subjektive Empfinden nicht immer direkt mit der tatsächlichen Kriminalitätslage übereinstimmt.

Große Unterschiede zwischen den Bezirken

Innerhalb Niederösterreichs unterscheiden sich die Werte deutlich. Am größten ist das Sicherheitsgefühl im Bezirk Scheibbs. Dort gaben 99 Prozent der Befragten an, sich sicher zu fühlen.

Am unsichersten fühlt man sich in St. Pölten. Dort sagten nur 78 Prozent, dass sie sich sicher

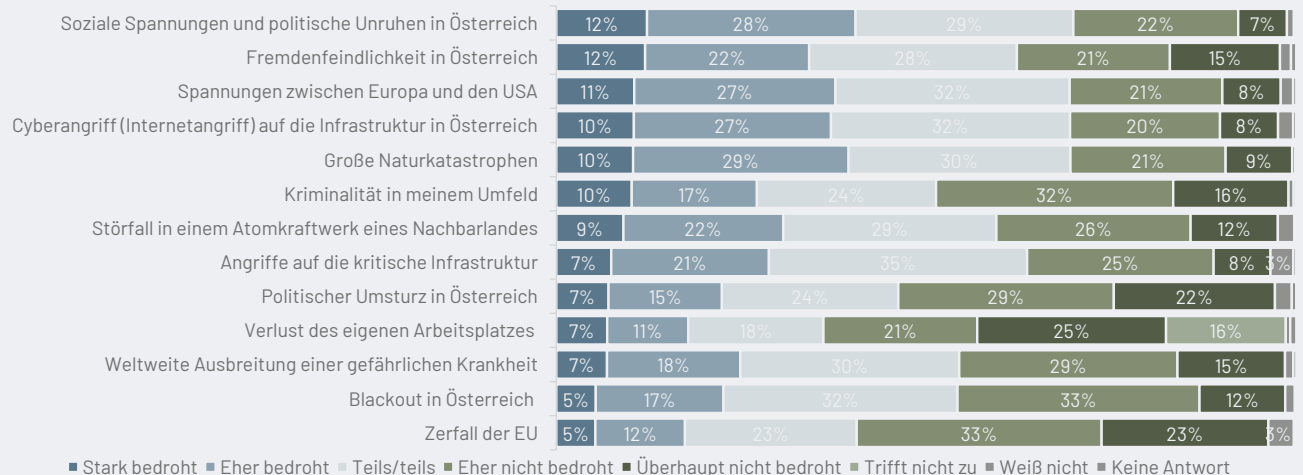
fühlen. Im Vergleich zur Bundeshauptstadt ist aber auch das ein guter Wert – in Wien fühlen sich nur rund 76 Prozent subjektiv sicher. In Favoriten hat nur die Hälfte der Befragten ein gutes Gefühl, wenn sie auf die Straße gehen. „Interessanterweise schneiden innere Bezirke wie die Innere Stadt, Mariahilf oder Neubau gut ab, obwohl es dort die meisten Anzeigen gibt. Das liegt auch an den Einkaufsstraßen, da dominiert der Taschen- und Ladendiebstahl“, zitiert der KURIER den Sozialwissenschaftler Günther Ogris. „Fragt man die Menschen nach ihrem Sicherheitsgefühl, dann orientieren sich viele nicht an der realen Kriminalität, sondern am medialen Diskurs.“ Es ist aber auch zu vermuten, dass Eigentumsdelikte als weniger bedrohlich wahrgenommen werden, als körperliche Gewalttaten.

Unterschiede zwischen Wählergruppen

Deutliche Unterschiede im subjektiven Sicherheitsgefühl zeigen sich auch bei den unterschiedlichen Wählergruppen: Bei den Befragten, die aktuell die FPÖ wählen würden, fällt das subjektive Sicherheitsgefühl signifikant schlechter aus als bei Wählerinnen und

Eine im Herbst 2025 vom Verteidigungsministerium durchgeführte Umfrage zeigt, welche politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen als bedrohlich wahrgenommen werden.

Ich fühle mich davon...



Wählern anderer Parteien. Hier gaben nur 72 Prozent an, sich sehr bis eher sicher in ihrem Bezirk zu fühlen. Am sichersten fühlen sich Grün-Wähler.

Nachts verändert sich das Bild

Eine Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Marketagent in Kooperation mit der FH Wiener Neustadt, Campus Wieselburg, zeigt: 86 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher betrachten ihr Land grundsätzlich als sicheren Ort. Doch sobald die Sonne untergeht, verändert sich das Bild deutlich. Tagsüber fühlen sich über 91 Prozent in ihrer Wohnumgebung sicher. Nachts sinkt dieser Wert auf rund 70 Prozent.

Fast die Hälfte der Befragten gibt an, sich nachts unsicherer zu fühlen als noch vor fünf Jahren. Besonders betroffen sind Frauen, jüngere Menschen und Großstadtbewohnerinnen und -bewohner.

Das schlägt sich auch in konkretem Verhalten nieder: 46 Prozent meiden nachts Parks und Grünanlagen, 40 Prozent bleiben bestimmten Stadtvierteln generell fern. Nur jeder Zweite öffnet Unbekannten bedenkenlos die Tür. Beim Trampen fühlen sich 59 Prozent unwohl – das ist der Bereich, in dem das Unbehagen am größten ist.

Frauen und junge Menschen besonders betroffen

Das Sicherheitsempfinden ist stark von demo-

grafischen Merkmalen abhängig. Vor allem jüngere Menschen und Frauen berichten von Situationen, in denen sie sich bedroht fühlen. Bei sexualisierter Gewalt zeigen sich besonders deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: 30 Prozent aller Frauen fürchten sexuelle Belästigung oder Übergriffe. Bei jungen Frauen steigt dieser Wert auf 60 Prozent. Mehr als die Hälfte der Befragten fürchtet insgesamt körperliche Übergriffe. Jeweils 50 Prozent beschreiben ein Unbehagen gegenüber bestimmten Personengruppen oder ein allgemeines Unsicherheitsgefühl. Ein Viertel sorgt sich konkret vor körperlichen Attacken, jeder Fünfte vor Eigentumsdelikten wie Einbruch oder Betrug.

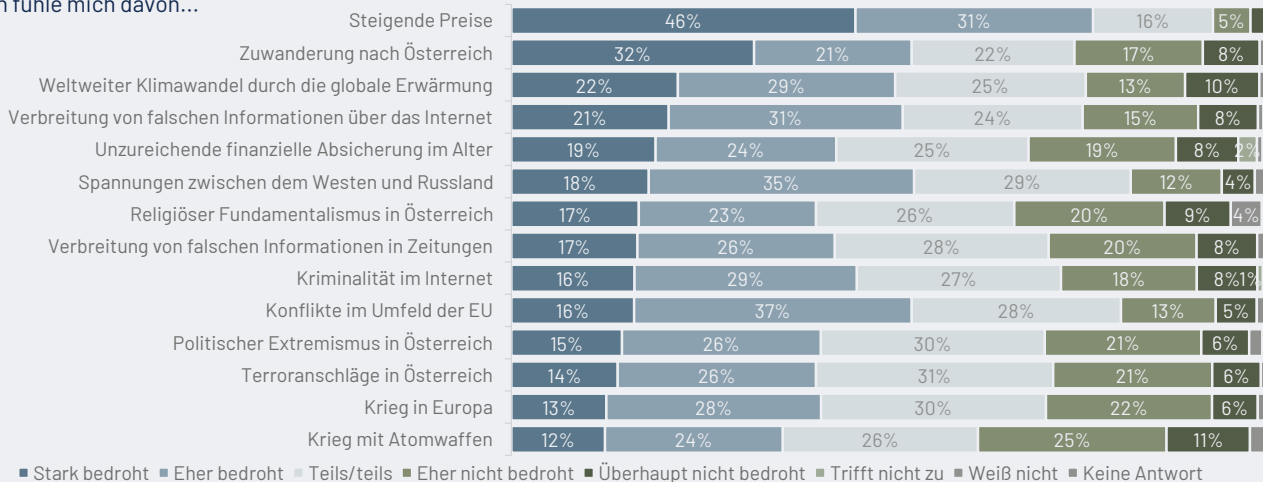
Wovor sich die Menschen fürchten

Eine im Herbst 2025 vom Verteidigungsministerium durchgeführte Umfrage hat erhoben, welche politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen als bedrohlich wahrgenommen werden. Dabei zeigt sich, dass sich die Bevölkerung vor allem durch steigende Preise, Zuwanderung, Klimawandel sowie durch die Verbreitung von falschen Informationen im Internet bedroht sieht. Stark angestiegen ist das Bedrohungsgefühl vor Spannungen zwischen Europa und den USA. Blackouts, der Zerfall der EU, aber auch die Ausbreitung gefährlicher Krankheiten werden dagegen kaum als Bedrohung wahrgenommen.

Am größten ist das **Sicherheitsgefühl im Bezirk Scheibbs.**



Ich fühle mich davon...



F5a und F5b. Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?
 Basis N=1.500, 2024 Basis N=1.400, 2023 Basis N=1.406, Werte <3 sind nicht ausgegeben, * 2023/2024 nicht erhoben, Angaben in %

■ VOM POLIZISTEN ZUM BÜRGERMEISTER

„Mann von der Straße“ als Gestalter der Gemeinde

Bürgermeister Stefan Lang aus Retz zeigt, wie seine langjährige Erfahrung bei der Polizei das Sicherheitsgefühl und den Zusammenhalt in seiner Heimatstadt prägt. Ein Porträt über einen Stadtchef, der Bürgernähe und das persönliche Gespräch als Schlüssel zum Erfolg sieht.

✎ VON BERNHARD STEINBÖCK

Die Weinviertler Stadtgemeinde Retz mit ihren knapp 4.500 Einwohnern ist ein malerischer Ort, bekannt für ihren beeindruckenden Erlebniskeller und einen historischen Stadtkern, der Besucher in seinen Bann zieht – und anhand weiterer Argumente ist man gewillt, Austragungsort der Landesausstellung 2030 zu werden.

Wie viele andere Gemeinden in Niederösterreich steht auch Retz vor finanziellen Herausforderungen. Trotzdem ist die Stimmung in der Bevölkerung bemerkenswert positiv. Das liegt nicht zuletzt am politischen Klima: Bei der Gemeinderatswahl 2025 erreichte die Volkspartei beachtliche 61 Prozent, und die Zusammenarbeit mit SPÖ und Grünen wird als sachlich und konstruktiv beschrieben.

Fragt man die Menschen auf der Straße nach ihrem Bürgermeister, erntet man durchwegs anerkennende Worte. Was immer wieder betont wird, ist seine außergewöhnliche Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern. Einer, der das nur zu gut bestätigen kann, ist Oberschulrat Reinhold Griebler. Als pensionierter Lehrer und Obmann der Senioren-Gemeindegruppe ist er eine Institution in Retz. „Beim Bürgermeister merkt man, dass er früher Polizist war, denn er legt sehr viel Wert auf das Thema Sicherheit“, erzählt Griebler. „Als ehemaliger Lehrer weiß ich, wie wichtig das ist. Er hat sich beispielsweise für eine Geschwindigkeitsbeschränkung in Schulstraßen und für sichere Radwege stark gemacht. Außerdem nimmt er sich viel Zeit für Bürgersprache, ist viel unter den Leuten und bei Veranstaltungen. Er ist halt immer da für uns.“

Ein Fundament aus Erfahrung und Recht

Diese Einschätzung kommt nicht von ungefähr. Stefan Langs beruflicher Werdegang ist eng mit dem Thema Sicherheit verknüpft.

Seine Laufbahn begann er als Grenzpolizist, bevor er 2010 zur Polizeidienststelle Retz

wechselte und zum sprichwörtlichen „Dorfpolizisten“ wurde. „Ich komm‘ halt von der Straße“, ist eine der ersten scherzhaften Aussagen, die dem charmanten Gemeindeoberhaupt über die Lippen kommt.

Seit dem 17. Dezember 2021 ist er Bürgermeister – ein Amt, das er mit vollem Einsatz ausfüllt. „Wenn ich den Job als Bürgermeister mache, dann mache ich den als Fulltime-Job“, stellt Lang klar. „Um die Aufgaben bestmöglich erledigen zu können, braucht es einfach seine Zeit.“ Deshalb war er dankbar für die Möglichkeit, seine Stunden im Bundesministerium für Inneres, wo er seit 2016 im Zentralkomitee tätig ist, reduzieren zu können.

Seine Vergangenheit bei der Polizei ist für sein heutiges Amt von unschätzbarem Wert. „Mir kommen von meiner Polizeiarbeit vor allem die vielen rechtlichen Hintergründe zugute, die ich im Lauf meiner Tätigkeit sammeln konnte“, erklärt der Bürgermeister. Er kennt den Unterschied zwischen der anonymen Arbeit als Grenzpolizist und dem persönlichen Kontakt als lokaler Beamter. „Als Dorfpolizist nimmst du auch sehr persönliche Dinge mit, gerade im familiären Bereich, wo du auch einwirken kannst. Man kennt sich hier einfach.“ Dieses Wissen schärfte sein Verständnis für die Sorgen der Menschen und lehrte ihn einen sensibleren Umgang mit dem Thema Sicherheit. Noch heute wenden sich Bürger mit rechtlichen Fragen an ihn, insbesondere wenn es um das Thema Anzeigen geht. Sein Rat ist dabei immer derselbe: „Habt keine Scheu: Die Polizei ist nicht nur fürs Strafen da, sondern Freund und Helfer!“

Auf Augenhöhe:

Das Erfolgsrezept für die Gemeinde

Stefan Lang hat den Leitsatz „nah am Bürger sein“ verinnerlicht. „Ich habe diesen Dorfpolizisten immer gelebt“, sagt er. Diese Philosophie hat er nahtlos in sein Bürgermeisteramt



“ Mir kommen von meiner Polizeiarbeit vor allem **die vielen rechtlichen Hintergründe zugute**, die ich im Lauf meiner Tätigkeit sammeln konnte



Stefan Lang
Bürgermeister von Retz

Videoüberwachung – Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Videoüberwachung im öffentlichen Raum wurde im Zuge der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie der schlicht übertriebenen Darstellung der letzten Jahre in ein schlechtes Licht gerückt. Überwachung muss nicht zwingend etwas Negatives sein.

☑ VON PATRIZIA LEUTGEB

Zerstörte Bänke, beschädigte Spielgeräte, blinde Zerstörungswut in einem Park, der eigentlich allen gehören sollte. Berichte wie jener von der Kronen Zeitung über den Pielachpark in Hofstetten-Grünau Ende März treffen viele Gemeinden ins Mark. Wut und Enttäuschung bei der Bevölkerung und ein hoher finanzieller Schaden für die Kommune sind die Folge. „Hier geht es um mehr als Holz und Schrauben. Es geht um Respekt vor einem Platz, der allen gehört“, brachte es Bürgermeister Arthur Rasch auf den Punkt. Fälle wie dieser sind der Grund, warum der Ruf nach wirksamen Maßnahmen lauter wurde. Darauf hat die Bundesregierung vergangenes Jahr reagiert. „Städte und Gemeinden haben den Wunsch geäußert, öffentliche Orte überwachen zu können, an denen es vermehrt zu gefährlichen Angriffen kommt. Wir sind diesem Wunsch nachgekommen und haben die Einrichtung von Videoüberwachung erleichtert“, erklärt Innenminister Gerhard Karner im Interview auf Seite 5.

Polizei kann leichter und präventiv handeln

Im Zentrum der Neuerung steht eine im August 2025 in Kraft getretene Änderung im Sicherheitspolizeigesetz (SPG). Mussten bisher an einem Ort erst zahlreiche Straftaten passieren,

um eine polizeiliche Videoüberwachung zu rechtfertigen, genügt nun eine sicherheitspolizeiliche Lageeinschätzung, die zukünftige gefährliche Angriffe prognostiziert. Dieser präventive Ansatz ist ein Paradigmenwechsel: Es wird gehandelt, bevor etwas passiert. Die Verantwortung für Einrichtung, Betrieb und Auswertung dieser Kameras liegt dabei klar bei den Sicherheitsbehörden.

Videoüberwachung durch Gemeinden

Im Unterschied zur Polizei unterliegen die Gemeinden bei einer Videoüberwachung denselben Regeln der DSGVO wie auch Privatpersonen, da es sich hier um den Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung und keinen hoheitlichen Bereich handelt. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens ist die Überwachung allerdings ein probates Mittel, um schädigendem und folglich rechtswidrigem Verhalten Einhalt gebieten zu können. Im Unterschied zur Polizei kann die Gemeinde allerdings nicht präventiv tätig werden, sondern nur anlassbezogen. Viele Gemeinden scheuen jedoch generell vor einer Überwachung zurück, da der Irrglaube kursiert, dass eine derartige Überwachung fast nicht legal durchgesetzt werden könne. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist zwar an rechtliche Vorgaben gekop-

“ Im Unterschied zur Polizei kann die Gemeinde allerdings **nicht präventiv tätig werden, sondern nur anlassbezogen.**





©004/Dok/Bot AI Art Generator, decorator – stor. h. noibe.com

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist natürlich an rechtliche Vorgaben gekoppelt, doch befolgt man diese, so steht einer rechtmäßigen Überwachung nichts im Wege.

pelt, doch befolgt man diese, steht einer rechtmäßigen Überwachung nichts im Wege. Die österreichische Datenschutzbehörde nennt drei Gründe, die den Einsatz einer Videoüberwachung rechtfertigen können: Schutz des Lebens von Personen, Schutz der Gesundheit und der körperlichen Unversehrtheit von Personen und Schutz des Eigentums. Nach Ansicht der österreichischen Datenschutzbehörde sowie des Europäischen Datenschutzausschusses (Leitlinien 3/2019 zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch Videogeräte, Rz 24) sollten Videoüberwachungsmaßnahmen nur dann gewählt werden, wenn der Zweck der Verarbeitung nach vernünftigem Ermessen nicht durch andere, gelindere Mittel (wie etwa Sperrsysteme, Sicherungssysteme, Bewegungsmelder, Einsatz von Sicherheitspersonal) erreicht werden kann.

Überwachung im Lichte der DSGVO

Bei der Überwachung mittels Videokameras zur Bild- und Tonaufnahme kommt es auf die Recht- und Verhältnismäßigkeit der Überwachung an. Rechtmäßig ist die Überwachung, wenn es **den Schutz des Eigentums anbelangt und es kein gelinderes Mittel gibt**. Gemeinden müssen sich hier, wie oben erwähnt, an dieselben Regeln der DSGVO halten, wie es auch Privatpersonen tun müssen. Es handelt sich hier daher um jene Fälle, bei denen es in der Vergangenheit bereits zu erheblichen Beschädigungen von Gemeindeeigentum gekommen ist.

Gemäß Art 6 Abs 1 lit f DSGVO müssen daher für eine Überwachung berechnete Interessen des Verantwortlichen vorliegen und müssen zudem auch folgende Parameter erfüllt sein:

1. die Überwachung erfolgt zeitlich und örtlich nur in unbedingt erforderlichem Ausmaß
2. die Videoüberwachung ist geeignet gekennzeichnet (beispielsweise durch Hinweisschilder).
3. Aufnahmen werden in regelmäßigen Abständen überschrieben/gelöscht (Speicherdauer von bis zu 72 Stunden wird von der Datenschutzbehörde als zulässig erachtet)
4. Auswertung der Aufnahmen nur im Anlassfall, wenn etwa jemand eine Beschädigung durchgeführt hat und Aufzeichnung darüber, wer zugegriffen hat


5. keine gelindere Mittel (beispielsweise durch Anbringen von Sperr- oder Sicherungssystemen)

Die Beurteilung, ob eine Videoüberwachung als zulässig angesehen werden kann, obliegt der verantwortlichen Gemeinde. Diese Prüfung muss vor der Inbetriebnahme der Anlage erfolgen. Ebenfalls vor Beginn der Überwachungsmaßnahmen muss geklärt werden, ob im konkreten Fall eine sogenannte Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen ist oder nicht. Eine Datenschutz-Folgenabschätzung hat insbesondere dann zu erfolgen, wenn etwa neue Technologien verwendet werden oder aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen besteht. Bei der systematischen umfangreichen Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Bereiche ist gemäß der DSGVO ein hohes Risiko anzunehmen und sollte hier daher eine Datenschutz-Folgenabschätzung entsprechend der gültigen Verordnung der Datenschutzbehörde (DSFA-V) vorgenommen werden. Die Datenschutzbehörde nimmt keine diesbezüglichen Voraburteilungen vor. Dies ist Sache der verantwortlichen Gemeinde, da grundsätzlich keine Meldepflicht derartiger Anlagen an die Datenschutzbehörde besteht.

Vorgaben des Datenschutzgesetzes (DSG)

Neben der DSGVO enthält auch das nationale DSG vor allem im § 12 und § 13 Vorgaben, die die Überwachung im öffentlichen Raum an zusätzliche Voraussetzungen, neben jenen der DSGVO, koppeln. So ist gemäß § 12 Abs 2 DSG eine Bildaufnahme unter Berücksichtigung der Vorgaben gemäß § 13 DSG zulässig, wenn

1. sie im lebenswichtigen Interesse einer Person erforderlich ist,
2. die betroffene Person zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten eingewilligt hat,
3. die durch besondere gesetzliche Bestimmungen angeordnet oder erlaubt ist, oder
4. im Einzelfall überwiegende berechnete Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten bestehen und die Verhältnismäßigkeit gegeben ist.

Eine Überwachung gemäß dem letztgenannten § 12 Abs 2 Z 4 DSG ist zudem insbesondere dann zulässig, wenn 

1. sie dem vorbeugenden Schutz von Personen oder Sachen auf privaten Liegenschaften, die ausschließlich vom Verantwortlichen genutzt werden, dient, und räumlich nicht über die Liegenschaft hinausreicht, mit Ausnahme einer zur Zweckerreichung allenfalls unvermeidbaren Einbeziehung öffentlicher Verkehrsflächen,
2. sie für den vorbeugenden Schutz von Personen oder Sachen an öffentlich zugänglichen Orten, die dem Hausrecht des Verantwortlichen unterliegen, aufgrund bereits erfolgter Rechtsverletzungen oder eines in der Natur des Ortes liegenden besonderen Gefährdungspotenzials erforderlich ist, oder
3. sie ein privates Dokumentationsinteresse verfolgt, das nicht auf die identifizierende Erfassung unbeteiligter Personen oder die gezielte Erfassung von Objekten, die sich zur mittelbaren Identifizierung solcher Personen eignen, gerichtet ist.

Unzulässig ist eine Überwachung hingegen gemäß § 12 Abs 4 DSGVO, wenn entweder eine Bildaufnahme ohne ausdrückliche Einwilligung der betroffenen Person in deren höchstpersönlichen Lebensbereich oder eine Bildaufnahme zum Zweck der Kontrolle von Arbeitnehmern gemacht wird. Weiters ist es nicht zulässig, einen automationsunterstützten Abgleich von mittels Bildaufnahmen gewonnener personenbezogener Daten ohne ausdrückliche Einwilligung für die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen zu verwenden. Auch nicht erlaubt ist die Auswertung von mittels Bildaufnahmen gewonnener personenbezogener Daten, deren Auswahl anhand von besonderen Kategorien personenbezogener Daten erfolgt. Die Überwachung im öffentlichen Raum ist daher unter den oben geschilderten Voraussetzungen zulässig. Im Lichte der Unzulässigkeit der Überwachung kann abschließend noch darauf hingewiesen werden, dass dies für Gemeinden dahingehend relevant ist, als dass das Amtsgebäude oder etwa auch der Bauhof, wenn es in der Vergangenheit bereits zu Beschädigungen oder ähnlichen Delikten gekommen ist, nur so überwacht werden dürfen, dass es zu keiner vorwiegenden Überwachung der Mitarbeiter kommt. Dies könnte den Anschein der Überwachung zum Zweck der Kontrolle der Mitarbeiter wecken und



Die Beurteilung, ob eine Videoüberwachung als zulässig angesehen werden kann, obliegt der verantwortlichen Gemeinde.

eine derartige Überwachung ist schlicht nicht zulässig. Im Übrigen können die Gemeinden den öffentlichen Raum aber unter Einhaltung der Vorgaben überwachen. Spielplätze, Skaterparks, Containerplätze oder andere gemeindeeigenen Plätze, **die in der Vergangenheit bereits Ziele von Vandalismus und Co. waren und eine Schadensabwehr mit keinen gelinderen Mitteln erreicht werden kann, können daher überwacht werden.**

Tarnen und täuschen

Attrappen fallen nicht unter das Datenschutzrecht und sind daher auch nicht vom Anwendungsbereich der DSGVO oder dem DSG erfasst. Folglich können Attrappen jederzeit auf gemeindeeigenem Gut platziert werden. Jedoch mit der Einschränkung, dass die Attrappe nur gemeindeeigenes Gut bzw. Grundstücke schützen darf. Für den Fall einer Beschwerde muss der Inhaber der Geräte nachweisen, dass es sich wirklich nur um Attrappen handelt. Denn auch eine Attrappe kann Gefahren bergen, wenn diese beispielsweise Attrappe als solche nicht erkennbar ist. Dann ist nach der Judikatur des OGH eine Beeinträchtigung der Privatsphäre im Einzelfall möglich, wenn sich eine betroffene Person durch die Art der Anbringung und den äußeren Anschein einem ständigen Überwachungsdruck ausgesetzt fühlt. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Attrappe nur auf Gemeinde- bzw. Eigengrund platziert wird und nicht etwa fremdes Eigentum miterfasst. ■■■

👉 Gemäß DSGVO müssen für eine Überwachung **berechtigte Interessen des Verantwortlichen vorliegen.**



MAG. PATRIZIA LEUTGEB
ist Juristin beim
NÖ Gemeindebund

■ ZUSAMMENARBEIT IM ERNSTFALL

Stärkere Gemeinden durch mehr Überblick für Bürgermeister

Wenn jede Minute zählt, sind klare Informationen entscheidend. Mit der LEA-App wird die Kommunikation zwischen Feuerwehr und Gemeinden auf ein neues Niveau gehoben. [🔗](#) VON BERNHARD STEINBÖCK

Mit der neuen Leitstellen- und Einsatzorganisationen-App (LEA) steht den niederösterreichischen Feuerwehren ein modernes digitales Werkzeug zur Verfügung, das insbesondere auch die Gemeinden stärkt. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister profitieren nun von einer eigenen Informationsschiene, die einen raschen und direkten Überblick über das Einsatzgeschehen in der eigenen Gemeinde ermöglicht und damit ihre Rolle als verantwortliche Entscheidungsträger wesentlich unterstützt.

„Wichtige Informationen können damit schneller und umfangreicher transportiert werden. Wir unterstützen damit die Schlagkraft der Einheiten vor Ort und erhöhen die Sicherheit in Niederösterreich“, betont Landesfeuerwehrkommandant Dietmar Fahrafellner.

Ergänzung zur Alarmierung – nicht Ersatz

Die LEA-App ergänzt die bestehende Alarmierung über Sirene und Pager und stellt Gemeinden zusätzliche Einsatzinformationen in Echtzeit bereit. Dadurch sind Gemeindechefs jederzeit über aktuelle Lagen informiert, können Entwicklungen besser einschätzen und bei Bedarf rasch abgestimmt handeln.

Durch strukturierte Rückmeldungen der Einsatzkräfte zur Verfügbarkeit sowie durch standardisierte Kommunikation entsteht ein klares und aktuelles Lagebild. Das erleichtert nicht nur die Einsatzkoordination, sondern stärkt im Anlassfall auch die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Behörden und Gemeinden deutlich.

NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl unterstreicht die Bedeutung für die Gemeinden: „Für uns als Verantwortungs- und Entscheidungsträger ist es enorm wichtig, dass wir informativ und organisatorisch im Einsatzgeschehen dabei sind. Das ist ein digitales Zeichen für die Partnerschaft und Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden und trägt wesentlich zur Sicherheit im Land bei.“



© Andreas Suthi - stock.adobe.com

Ein klares und aktuelles Lagebild erleichtert nicht nur die Einsatzkoordination, sondern stärkt auch die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr, Behörden und Gemeinden.

Gemeinden gestalten mit

Zu dem Thema wurde ein Fragebogen an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ausgesendet. Ziel ist es, gezielt zu erheben, welche Arten von Alarmierungen und Informationen seitens der Gemeinden gewünscht sind, um die LEA-App bestmöglich an die Bedürfnisse vor Ort anzupassen.

Landesfeuerwehrkommandant Dietmar Fahrafellner betont: „Die Feuerwehren Niederösterreichs stehen täglich vor großen Herausforderungen, bei denen schnelle und präzise Entscheidungen gefragt sind. Mit der LEA-App machen wir einen entscheidenden Schritt in die digitale Zukunft. Sie sorgt für eine bessere Koordination und eine noch engere Zusammenarbeit – auch mit den Gemeinden.“

Mehr Transparenz, mehr Handlungsfähigkeit

Die LEA-App schafft damit mehr Transparenz und stärkt die Handlungsfähigkeit auf Gemeindeebene. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erhalten eine verlässliche Informationsbasis und können ihre Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung noch gezielter wahrnehmen. ■■■

“Für uns als Verantwortungs- und Entscheidungsträger ist es enorm wichtig, dass wir informativ und organisatorisch im Einsatzgeschehen dabei sind.“

Johannes Pressl
Präsident des
NÖ Gemeindebundes

■ VERSICHERUNGEN

Schutzschirm für Gemeinden neu denken

Zwischen Amtshaftung, Vermögensschäden, Cyberangriffen und Strafverfahren wird klar: Ein „Schutzschirm“ muss heute breiter, aktueller und professioneller organisiert sein als noch vor wenigen Jahren. [🔗 VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

Spätestens seit dem Wegfall des Amtshaftungsausgleichsfonds mit 1. Jänner 2026 ist klar: Gemeinden müssen ihren Versicherungsschutz noch stärker als bisher aktiv steuern – und laufend an neue Risiken anpassen. Der jüngste Strafprozess gegen den Bürgermeister von Pölla, Günther Kröpfl, hat weit über die betroffene Gemeinde hinaus Aufmerksamkeit erzeugt. Er steht stellvertretend für eine Entwicklung, die viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Alltag kennen: Wo Gemeinden gestalten, entscheiden und verwalten, entstehen auch Haftungsfragen – oft schneller, als einem lieb ist.

1. Jänner 2026: Das Ende eines Auffangnetzes

Ein Einschnitt, der jede Gemeinde betrifft, ist das Ende des bisherigen Amtshaftungsausgleichsfonds. Mit 1. Jänner 2026 ist diese letzte Auffanglösung für Gemeinden ohne eigene Amtshaftpflichtdeckung entfallen. Die praktische Konsequenz: Es gibt keine automatische „Ausgleichsversicherung“ mehr – Gemeinden müssen Amtshaftungsrisiken selbst abdecken und die dafür nötigen Versicherungssummen und Deckungsinhalte aktiv prüfen.

Gerade im hoheitlichen Bereich kann das entscheidend sein: Denn Amtshaftung bedeutet, dass die Gemeinde für Schäden haftet, die ihre Organe (Bürgermeister, Bedienstete, Mandatäre) rechtswidrig und schuldhaft in Ausübung ihres Amtes verursachen. Besonders heikel: In vielen Konzepten sind im Amtshaftungsbereich oft nur deutlich niedrigere Versicherungssummen als in der Privatwirtschaftsverwaltung vorgesehen. Was früher durch den Fonds „mitgedacht“ war, muss nun bewusst und aktiv geregelt werden.

Risikomanagement:

Vom Vertragsordner zur Risikomatrix

Oliver Fuss, Versicherungsmakler bei „Raiffeisen Aktuell“, plädiert dafür, Versicherungen nicht als „Ablage-Thema“ zu behandeln,

sondern als Teil eines strukturierten Risikomanagements. Dazu zählen:

- **Risikoanalyse:** Welche Haftungsrisiken bestehen tatsächlich – hoheitlich wie privatwirtschaftlich?
- **Risikomatrix:** Wo sind die größten Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen?
- **Deckungs-Check:** Passen bestehende Verträge noch zur Realität – oder stammen sie aus einer Zeit „vor Digitalisierung und Förderlogik“?
- **Soll-Ist-Vergleich** (Abweichungsanalyse): Wo gibt es Deckungslücken, zu geringe Summen oder problematische Formulierungen?
- **Weiterentwicklung/Ausschreibung:** Wenn nötig, auch vergaberechtskonform neu ausschreiben

Fuss warnt vor allem vor Deckungslücken, die nicht durch fehlende Polizzen entstehen, sondern durch Details im Wording – etwa, wenn moderne, IT-gestützte Abläufe faktisch zu Ausschlüssen führen: „In vielen Gemeinden wurden Versicherungen vor mehr als zehn Jahren abgeschlossen – und danach kaum mehr systematisch überprüft. Genau dort entstehen heute die gefährlichsten Lücken: nicht, weil niemand versichert ist, sondern weil das Wording oder die Summen nicht mehr zur aktuellen Arbeitsrealität passen.“

Eigenschaden & Regress:

Wenn der Schaden im Haus entsteht

Ein viel diskutiertes Thema bei Gemeinden ist die **Eigenschadendeckung**. Denn nicht jeder Schaden trifft „Dritte“ – häufig entsteht der Vermögensschaden in der Gemeinde selbst, etwa durch:

- Vergabefehler (z. B. fehlerhafte Ausschreibung – Nachzahlungen, Förderverlust)
- Fristversäumnisse (Anträge, Rechtsmittel, Meldungen)
- Fördermittelrückforderungen wegen Verfahrens- oder Formfehlern

AUSTAUSCH

Haftung, Prozesse, Versicherung

Im Online-Format meine.Gemeinde.exklusiv hat der NÖ Gemeindebund Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eingeladen, sich mit Vertretern aus der Versicherungsbranche über Haftungsfragen und Neuerungen für kommunale Entscheidungsträger auszutauschen. Das Video zum Nachsehen finden Sie unter diesem Link:



Die Präsentationen der Teilnehmer erhalten Sie im INTERN-Bereich unter

» www.intern.noegemeindebund.at

- fehlerhafte Bescheide oder Gebührenberechnungen
- Organisations- oder Kontrollmängel

Brisant wird das, weil Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen **Regress** gegenüber Organen oder Mitarbeitenden nehmen können (Organhaftung). Und genau hier liegt die emotionale und politische Sprengkraft: Man kennt einander, man arbeitet jahrelang zusammen – und plötzlich steht die Frage im Raum, ob ein Schaden intern „zurückgefordert“ werden muss.

Die Eigenschadendeckung soll hier einen Weg eröffnen, **Vermögensschäden der Gemeinde zu ersetzen, ohne interne Regresskonflikte anzuheizen** – sofern das Produkt sauber ausgestaltet ist und auch Eigenbetriebe (Bauhof, Wasserwerke etc.) mitberücksichtigt.

Haftpflicht:

Doppelfunktion – zahlen oder abwehren

Gemeinden haften in vielen Fällen gegenüber Dritten. Und Organe in besonderen Fällen gegenüber der Gemeinde. Mario Gnesda, Kundenbetreuer der Aon Austria GmbH, unterstreicht daher die Bedeutung einer Haftpflichtversicherung: „Die Gemeinde-Haftpflichtversicherung bleibt das zentrale Basiselement – und wird oft unterschätzt, weil sie nicht nur bezahlt, sondern auch schützt.“

Denn Haftpflicht hat zwei Funktionen:

- **Befriedigungsfunktion:** berechnete Schadenersatzansprüche werden bezahlt (z. B. Reparatur, Wiederherstellung, Schmerzensgeld).
- **Rechtsschutzfunktion:** unberechtigte Ansprüche werden abgewehrt – inklusive Rechtsvertretung, Sachverständigen- und Prozesskosten.

Wichtig für die Praxis: Grobe Fahrlässigkeit ist in der Haftpflicht grundsätzlich mitversichert (Vorsatz nicht). Und besteht guter Versicherungsschutz, gibt es üblicherweise keinen Regress des Haftpflichtversicherers gegen mitversicherte Personen.

Gnesda warnt aber auch vor klassischen Stolpersteinen:

- Risikoausschlüsse (z. B. Datenschutzverletzungen)

© Best - stock.adobe.com



- reine Vermögensschäden oft nur eingeschränkt gedeckt
- zu niedrige Versicherungssummen – besonders in der Hoheitsverwaltung
- neue Gefährdungslage durch den Fondswegfall

NV-Rundumschutz:

Vom Gebäude bis zur PV-Anlage

Aus Sicht der Niederösterreichischen Versicherung wird deutlich gemacht: Gemeinden sind unterschiedlich – vom kleinen Ort bis zur Stadt mit Betrieben, Personal und Infrastruktur. Deshalb brauche es modulare Gesamtlösungen, die typische kommunale Bereiche abdecken, etwa:

- **Objektversicherung** inkl. „Komplettschutz“ und Sondervorsorge (z. B. Straßenlaternen, Buswartehäuschen, E Tankstellen, Vandalismus)
- **Haftpflicht** inkl. Amts- und Organhaftpflicht
- **Rechtsschutz** (u. a. Strafrechtsschutz und Beratungsrechtsschutz)
- **Bauprojektversicherung** (Bauwesen/Montage, Bauherrenhaftpflicht)
- **D&O** für Gemeindeorgane
- **Eigenschadenversicherung**
- **Unfallversicherung** für Bedienstete und freiwillige Helfer
- **Fuhrparkversicherung**
- **Betriebliche Altersvorsorge/Jubiläumsgeldvorsorge**
- **PV-Anlagen-Versicherung** inkl. Elementarisierungen und Betriebsunterbrechung
- **Leasinglösungen** für Technologien und Fahrzeuge

Die Stoßrichtung: Nicht „eine Polizza“, sondern ein abgestimmtes System, das zur Struktur der Gemeinde passt – und laufend evaluiert wird. ■■■

Gemeinden müssen jetzt Amtshaftungsrisiken selbst abdecken und die dafür nötigen Versicherungssummen und Deckungsinhalte aktiv prüfen.

“ Die Gemeinde-Haftpflichtversicherung bleibt das zentrale Basiselement – und wird oft unterschätzt, weil sie nicht nur bezahlt, sondern auch schützt.





GEFAHR AUS DEM NETZ

Cyberkriminalität – Die dunkle Seite des Internets

Enkeltrick, Fake-Profilе oder Phishing-Mails. Die Bedrohungslage verschärft sich deutlich. Betroffen sind sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen oder Gemeindeverwaltungen. Dazu kommt, dass KI (künstliche Intelligenz) die „Qualität“ von digitalem Betrug und Cyberangriffen auf ein ganz neues Niveau gehoben hat. Die Angriffe werden häufiger, aggressiver und professioneller. [VON GERHARD SENGSTSCHMID](#)

Überall dort, wo wir digitale Geräte benutzen und uns im digitalen Raum, „dem Netz“, bewegen, wird dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Ein Mitglied der Familie befindet sich in einer Notlage und bittet per WhatsApp um finanzielle Hilfe. Per SMS wird mitgeteilt, dass „Ihr Paket nicht zugestellt werden konnte“ – Button zur „Verfolgung“ inklusive. Fake-Onlineshops, Kleinanzeigen-Betrügereien im Netz, Fake-Nachrichten darüber, dass das Bankkonto gehackt wurde oder die Nachricht „Ihr PC ist infiziert!“, die Liste ließe

sich nahezu beliebig fortsetzen. Links oder Buttons führen zu Fake-Seiten, durch gezielte Abfragen wird versucht, an sensible Daten der potentiellen Opfer zu gelangen.

Besonders perfide: Betrüger geben sich als Polizisten aus

Oft werden gezielt ältere Personen mit einer Art von Betrug konfrontiert, die man als „Schockanrufe“ bezeichnet. Meist wird den Opfern mitgeteilt, dass sich Angehörige, oftmals der Enkel, in einer Zwangslage befinden. Dabei

geben sich die Täter fälschlicherweise als Polizeibeamte aus und behaupten beispielsweise, der Verwandte wäre in einen Verkehrsunfall verwickelt gewesen und befindet sich nun in Haft. Nur durch die Bezahlung einer Kautions von mehreren Tausend Euro könne eine Freilassung erwirkt werden.

Es gibt unzählige Varianten von Schockanrufen: So wird beispielsweise dem Opfer vorgespielt, dass polizeiliche Ermittlungen in seiner Umgebung stattfinden und sich das Vermögen des Opfers in Gefahr befände. Die Opfer werden angehalten, den vermeintlichen „Polizeibeamten“ die in ihrem Besitz befindlichen Wertgegenstände sicherheitshalber zur Aufbewahrung zu übergeben. Die Täter nutzen hier das Vertrauen in die Polizei beziehungsweise die Angst, Opfer zu werden, aus. Normalerweise erfinden sie noch einen Grund, warum die Übergabe der Wertgegenstände „schnell passieren muss“.

Emotionen, Angst und Zeitdruck sind essenzielle Komponenten, mit denen Betrüger bei Schockanrufen arbeiten. Bekommt man den Enkel selbst ans Telefon, klingt die Stimme dank KI täuschend echt. Oft werden von den Tätern auch Messenger-Dienste wie WhatsApp genutzt, um den Kontakt zu „Verwandten“ herzustellen. Sie geben sich als Kinder mit neuer Handynummer aus und fordern, weil sie sich in einer dubiosen Notlage befinden, einen hohen Geldbetrag, der nur unter seltsamen Umständen übermittelt werden kann.

Gemeindebund-Präsident Pressl persönlich betroffen

Gemeindebund-Präsident und Bürgermeister Johannes Pressl wird nicht müde, vor Betrug im Netz zu warnen. Vor kurzem waren in seiner eigenen Heimatgemeinde Ardagger zum wiederholten Male täuschend echte Fake- und Erpressermails im Umlauf. Betroffen waren diesmal vornehmlich Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die fälschlicherweise im Namen von Pressl aufgefordert wurden, Gutscheine zu kaufen und ihn damit bei einer Hilfsaktion zu unterstützen. „Diese Betrugsmasche läuft unter den verschiedensten Namen, auch Firmen könnten davon betroffen sein. Die Mailadressen sind täuschend echt nachgebaut“, berichtet Johannes Pressl. „Lassen Sie sich auf keinen Fall verleiten, den Bitten in diesen Fake-

Guten morgen Roland,
Hättest du kurz Zeit? Du musst eine Aufgabe für mich erledigen. Ich kann nicht telefonieren, da ich mehrere Termine habe. Schreib mir einfach hier zurück.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Pressl


Du musst mir ein paar Geschenkkarten besorgen, ich möchte sie an ein paar Leute schicken. Bitte lass mich wissen, ob du sie jetzt bekommen kannst, damit ich dir sagen kann, welches Produkt du brauchst und wie viel. Ich werde dir das Geld zurückgeben.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Pressl

Diese gefälschten Nachrichten wurden im Namen von Gemeindebundpräsident Johannes Pressl verschickt.

Mails nachzukommen. Keine Amtsperson und kein Vorgesetzter bittet auf diese Weise um finanzielle Hilfe!“ appelliert er in seinem Blog an das Bauchgefühl der Menschen.

Die größere Gefahr geht vom Vertrauen aus, das die KI simulieren kann

Künstliche Intelligenz hat den Online-Betrug nicht erfunden, aber grundlegend verändert, KI-generierte Inhalte heben den Cyberbetrug auf ein völlig neues Niveau. Täter können noch überzeugender, schneller und massenhafter täuschen. Früher waren Betrugsversuche leicht zu durchschauen, da Nachrichten und E-Mails in schlechtem Deutsch geschrieben und mit offensichtlichen Fehlern gespickt waren. Das hat sich geändert. Was damals noch als Scam (englisch für Betrug/Swindel) leicht erkennbar war, wird heute durch hochprofessionelle Täuschung schwer durchschaubar. Die größte Gefahr ist oftmals nicht die Technik selbst, sondern das Vertrauen, das die KI inzwischen simulieren kann. Der Tonfall passt sich dem potenziellen Opfer an, Stimmen und Bilder (Videos) werden imitiert. Weiters ist die KI in der Lage, große Mengen an Daten auszuwerten, um zu wissen, wo Opfer arbeiten, was sie mögen und in welchem Umfeld sie leben. So werden maßgeschneiderte Scam-Strategien für den personalisierten Betrug generiert. 

👉 **Ein einziger Klick kann ausreichen**, um ein gesamtes System lahmzulegen.





DIE GEFAHREN

Die häufigsten Angriffsmethoden auf Kommunen

Phishing & Social Engineering:

Mit täuschend echten E-Mails, Anrufen oder gefälschten Absendern wird Vertrauen aufgebaut. Oftmals im Zusammenhang mit Bankgeschäften. Ziel ist die Herausgabe sensibler Daten oder die Ausführung von Schadsoftware. So erfolgt ein Identitätsdiebstahl durch manipulative Kommunikation.

Ransomware:

Ist eine Schadsoftware, die Daten verschlüsselt und Lösegeld fordert. Mit einem Klick auf einen falschen Link wird die Software installiert. Besonders verheerende Folgen für Kommunen, da sie wichtige Systeme trifft.

Account- und Passwortangriffe:

Automatisierte Attacken mit erratenen oder gestohlenen Zugangsdaten. Nutzung öffentlich zugänglicher Informationen.

Ausnutzung von Schwachstellen:

Angrifer nutzen Sicherheitslücken wie veraltete oder nicht aktuelle Betriebssysteme oder Programme. Offene Fernwartungszugänge stellen ein zusätzliches Risiko dar.

DDoS-Angriffe:

Server werden durch massenhafte Anfragen überlastet. So sind Webseiten und Portale nicht mehr erreichbar.

Angriffe auf kritische Infrastrukturen und Lieferketten:

Beispielsweise Attacken auf Wasserversorgung, Energie, Kommunikation. Oftmals durch Manipulation über Drittanbieter oder IT-Dienstleister.

Insider-Threats:

Eigene Mitarbeiter oder externe Dienstleister verursachen Schäden. Bewusst oder unbewusst, beispielsweise durch Nachlässigkeit oder Fehlbedienung.

Manipulation von Hardware / Vor-Ort-Angriffe:

Einschleusen von infizierten USB-Sticks. Manipulation von Netzwerkkomponenten durch physischen Zugang zu den Systemen.

APT-Angriffe

(Advanced Persistent Threats): Langfristige, verdeckte Angriffe durch hochprofessionelle Gruppen. Ziel: Spionage, Sabotage oder strategische Kontrolle. Für kleinere Gemeinden weniger relevant, aber für größere Städte und Betreiber kritischer Infrastrukturen ein ernstzunehmendes Risiko.

Quelle: Bericht der STAMA (Stadtmarketing Austria, Dachverband für Standortentwicklung & -management) aus dem Jahr 2025



Das lahmgelegte Gemeindeamt: Cyberangriff auf die Marktgemeinde Langenzersdorf

Ende Februar 2026 wurde das IT-Netz der Marktgemeinde Langenzersdorf Ziel eines Cyberangriffs. „Ein solcher Vorfall ist auch für eine Gemeinde eine herausfordernde Situation“, schildert Bürgermeister Andreas Arbesser. Rasch stellte sich heraus, dass es sich um einen sogenannten Ransomware-Angriff handelte, eine Form von eingeschleuster Schadsoftware, die derzeit verstärkt auch öffentliche Einrichtungen trifft.

Sofort nach Bekanntwerden wurden umgehend alle erforderlichen Maßnahmen gesetzt, Polizei und Datenschutzbeauftragter wurden informiert. Um eine rasche Wiederherstellung der Systeme einzuleiten, wurden zu den eigenen IT-Technikern externe Spezialisten hinzugezogen. Die Arbeiten erfolgten in mehreren Schritten: Zunächst wurden die betroffenen Systeme gesichert und überprüft, anschließend sämtliche Computer bereinigt und neu installiert. Parallel dazu wurde das Netzwerk schrittweise wieder aufgebaut und zusätzliche Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der IT-Sicherheit umgesetzt. Nach rund einer Woche konnten die zentralen Systeme wieder in Betrieb genommen werden. Während dieser Zeit war die Gemeindeverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger telefonisch erreichbar, der Zugriff auf einzelne Anwendungen und Daten war eingeschränkt möglich. Mittlerweile ist der laufende Betrieb wieder völlig hergestellt.

“ Die größte Gefahr ist oftmals nicht die Technik selbst, sondern **das Vertrauen, das die KI inzwischen simulieren kann.**





Lokale Verwaltungen sind für Cyberangreifer insofern attraktiv, da sie über verwertbare Daten verfügen und ihre Systeme oftmals Sicherheitslücken aufweisen.

“ In der heutigen Zeit ist es wichtig, seine Systeme zu schützen, aber viel **wichtiger ist es, proaktiv an der Prävention zu arbeiten.**



Christoph Kremlicka
Leiter der IT-Abteilung der
Stadtgemeinde Korneuburg

Nach aktuellem Stand gibt es keine Hinweise auf eine missbräuchliche Verwendung von Daten, auch wenn ein Abfluss von Daten nie vollständig ausgeschlossen werden kann. Die zuständigen Behörden sind eingebunden, die Ermittlungen dauern an. Parallel zur technischen Wiederherstellung wurde die IT-Infrastruktur der Gemeinde umfassend neu aufgebaut und unter Berücksichtigung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen weiterentwickelt. „Weitere Ergebnisse der laufenden Ermittlungen bleiben abzuwarten. Sobald gesicherte Informationen vorliegen, wird die Bevölkerung weiterhin transparent informiert“, so der Bürgermeister. Da noch nicht alle Unterlagen vorliegen, können zu möglichen finanziellen Auswirkungen derzeit noch keine abschließenden Angaben gemacht werden.

Hoher finanzieller Schaden in Korneuburg

Anders in Korneuburg, wo der Cyberangriff

auf das interne System der Stadtgemeinde bereits zwei Jahre zurückliegt. Der finanzielle Schaden wurde damals mit vorerst 100.000 Euro beziffert. Nicht darin enthalten sind die Personalaufwände, die nötig waren, um den Schaden aufzuarbeiten. Auch in Korneuburg war es eine Schadsoftware, die die interne IT-Abteilung lahmlegte. Bereits kurze Zeit nach dem Angriff konnte die international agierende Tätergruppe „Lockbit“ für den Übergriff verantwortlich gemacht werden. Es gab zwei Festnahmen. Wie in Langenzersdorf gab es auch in Korneuburg keine Hinweise darauf, dass Daten entwendet wurden. Laut Bürgermeister Christian Gepp war es eine herausfordernde Situation, die gemeinsam mit internen wie externen Spezialisten, dem Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) und mit der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) bewältigt werden konnte. In die Ermittlungen eingebunden waren zudem das Landeskriminalamt Niederösterreich und das Bundeskriminalamt.

Auch die Stadtgemeinde Korneuburg erhöhte nach dem Angriff die Sicherheitsstandards, um zukünftige Cyberattacken abwehren zu können. Zwei Jahre nach dem Übergriff ist Christoph Kremlicka, Leiter der IT-Abteilung der Stadtgemeinde Korneuburg, überzeugt: „In der heutigen Zeit ist es wichtig, seine Systeme zu schützen, aber viel wichtiger ist es, proaktiv an der Prävention zu arbeiten“.

Warum werden Gemeindeämter vermehrt Ziel von Angriffen?

Lokale Verwaltungen sind für Cyberangreifer insofern attraktiv, da sie über verwertbare Daten verfügen und ihre Systeme oftmals Sicherheitslücken aufweisen. Meldedaten sowie Steuer- oder Abgabensinformationen lassen sich im Darknet gut verkaufen. Veraltete Systeme, geringe IT-Budgets oder weniger spezialisiertes Personal machen viele Gemeinden im Vergleich zu Ministerien oder großen Unternehmen zu einfachen Angriffszielen. Natürlich darf auch der Faktor Mensch nicht ausgeklammert werden. Phishing-Mails, die Vergabe von unsicheren Passwörtern sowie unzureichende Sensibilisierung machen es Angreifern leicht. Ein einziger Klick kann ausreichen, um ein gesamtes System lahmzulegen. ■■■

NEUE GEFAHREN

KI hat Online-Betrug nicht neu erfunden, aber extrem verändert:

- › **Täuschend echte Kommunikation:** KI kann perfekt formulierte Texte in jeder Sprache erzeugen. Die Menschen vertrauen eher und klicken schneller.
- › **Deepfakes & Stimmenklone:** KI kann Stimmen und Videos imitieren. Besonders gefährlich für Unternehmen (CEO-Fraud) und ältere Menschen.
- › **Personalisierter Betrug:** KI kann große Mengen an Daten auswerten (Social Media). Nachrichten werden extrem persönlich und damit schwerer unterscheidbar.
- › **Automatisierung im großen Stil:** KI ermöglicht heute Massenangriffe in Sekunden. Früher war Betrug manuell und langsam.
- › **Fake-Inhalte & Fake-Shops:** KI macht Online-Shopping riskanter.
- › **Umgehen von Sicherheitssystemen:** KI hilft, Schutzmechanismen zu umgehen.

TIPPS & TRICKS

Cyberkriminalität: Richtig handeln – Fehler vermeiden

Cyberangriffe treffen längst nicht mehr nur große Unternehmen oder Ministerien – auch Gemeinden geraten zunehmend ins Visier von Kriminellen. Dabei sind es oft keine hochkomplexen technischen Angriffe, sondern einfache Tricks, die im hektischen Arbeitsalltag leicht übersehen werden. Genau hier liegt aber auch die Chance: Mit klaren Regeln und etwas Aufmerksamkeit lässt sich ein großer Teil dieser Risiken vermeiden.

☑ VON GERHARD SENGSTSCHMID

Obwohl Gemeinden in Österreich nicht direkt vom NIS-2 Cybersicherheitsrecht betroffen sind, sollten die darin festgelegten Maßnahmen – freiwillig – ein „Must“ für jede moderne Verwaltung sein. Cyberangriffe auf öffentliche Verwaltungen nehmen zu, oftmals mit weitreichenden Folgen, von denen auch die Bürgerinnen und Bürger betroffen sind. Die Angriffe sind professionell geplant, meist automatisiert und finden auf höchstem technischen Niveau statt. Ein falscher Klick – und schon ist es passiert.

IT-Sicherheit als fundamentale Säule

Eine sichere IT ist zentrales Element jeder Gemeindeverwaltung. Angesichts der zunehmenden Bedrohungslage ist es sinnvoll, einen ganzheitlichen Ansatz zur Abwehr von Cyberangriffen zu wählen, der technische, organisatorische und personelle Maßnahmen kombiniert. Aktuelle EDV-Sicherheitssysteme wie Firewalls, Virenschutzprogramme oder regelmäßige Software-Updates sollten selbstverständlich sein. Ebenso wichtig sind kontinuierliche Datensicherungen, um im Ernstfall darauf zurückgreifen zu können. Organisatorisch braucht es klare Regeln und Abläufe. Dazu zählen etwa Zugriffsrechte, IT-Sicherheitsrichtlinien oder ein Notfallplan für den Umgang mit Cybervorfällen. Regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen helfen, Schwachstellen frühzeitig zu erkennen. Ein zentraler Faktor ist und bleibt jedoch der Mensch. Mitarbeitende müssen für Gefahren aus dem Netz sensibilisiert und geschult werden. Eine gelebte Sicherheitsstruktur trägt dazu bei, Risiken zu minimieren.

Aktive Vorsorge durch Cyber-Haftpflicht

Nicht nur Cyberangriffe stellen für Gemeindeverwaltungen ein zunehmendes Risiko dar. Auch Fehlverhalten im digitalen Raum wie eine falsche Veröffentlichung oder ein unbefugter Zugriff können zu finanziellen Schäden oder rechtlichen Konsequenzen führen. Solche Schadensfälle sind durch klassische Versicherungslösungen nicht abgedeckt, eine ergänzende Cyber-Haftpflicht schließt diese Lücke. Abgesehen von der Kostenübernahme stellen sie im Bedarfsfall Fachleute wie Juristen oder Krisenmanager zur Verfügung. Es lohnt sich für jede Gemeindeverwaltung, sich eingehend und individuell beraten zu lassen, um im Ernstfall abgesichert zu sein.

Die meisten Angriffe beginnen im Posteingang

IT-Sicherheit ist keine reine Aufgabe der Technik. Sie beginnt im Alltag, bei jedem einzelnen Arbeitsplatz. Gerade in Gemeinden, wo vieles pragmatisch und schnell erledigt werden muss, ist ein wachsamer Blick der beste Schutz. Mit einfachen Maßnahmen und gesundem Hausverstand lassen sich viele Angriffe bereits im Ansatz verhindern. Weit verbreitet sind sogenannte Phishing-Angriffe. Durch gefälschte, aber trotzdem täuschend echt aussehende E-Mails oder Nachrichten werden Mitarbeitende verleitet, schädliche Anhänge zu öffnen oder Zugangsdaten preiszugeben. Besonders auffällig sind Nachrichten, die zur Eile drängen oder ungewöhnliche Handlungen fordern. Hier gilt: Im Zweifel immer nachfragen und keine vorschnellen Klicks tätigen. Achtung: Auch interne Mails können gefälscht sein!

Durch Phishing-Mails werden Mitarbeitende verleitet, schädliche Anhänge zu öffnen oder Zugangsdaten preiszugeben.

👉 **Mit klaren Regeln und etwas Aufmerksamkeit lässt sich ein großer Teil der Risiken vermeiden.**



“ Im Zweifel **immer nachfragen** und keine vorschnellen Klicks tätigen.



Ein besonders häufiger Fehler ist der Umgang mit Passwörtern. Diese dürfen unter keinen Umständen weitergegeben werden, auch nicht am Telefon. Weder eine IT-Abteilung noch eine Bank oder ein EDV-Dienstleister werden jemals seriös nach einem Passwort fragen. Gleiches gilt für Anrufe, bei denen versucht wird, Druck aufzubauen oder schnell Informationen zu erhalten. Hier hilft ein einfacher Grundsatz: Im Zweifel das Gespräch beenden und selbst über eine offizielle Nummer zurückrufen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Umgang mit externen Datenträgern wie unbekanntem USB-Sticks oder unerwarteten Anhängen.

Was tun, wenn doch etwas passiert?

„Ein zentraler Punkt ist der richtige Umgang mit Vorfällen. Wenn ein Computer ungewöhnlich reagiert, eine verdächtige E-Mail eingeht oder plötzlich etwas ‚nicht mehr passt‘, gilt: nicht zögern, sondern sofort melden“, erklärt Joe Pichlmayr, CEO von IKARUS Security Software. „Es ist kein Fehler, einen möglichen Vorfall zu melden, im Gegenteil. Je früher reagiert wird, desto geringer bleibt der Schaden.“ Wichtig sei dabei auch, nichts selbst „reparieren“ zu wollen. Kein Neustart, kein Herumprobieren. Die IT braucht eine unveränderte Ausgangssituation, um schnell und gezielt handeln zu können. ■■■

TO-DOS

Cyber-Sicherheit in der Gemeinde

Kurz-Check für den Alltag von Joe Pichlmayr

Die drei wichtigsten Regeln:

- › Im Zweifel: **NICHT KLICKEN**, sondern kurz nachfragen
- › Passwörter **NIEMALS WEITERGEBEN**
- › Vorfälle **SOFORT MELDEN**

Im Ernstfall:

- › **Verdächtiges sofort melden**
- › **Computer vom Netzwerk trennen**
- › **Nichts verändern – den Rechner nicht ausschalten**
- › **Nicht abwarten**
- › **Nicht selbst herumprobieren**

■ ZIVILSCHUTZ

Gemeinden als erste Krisenmanager

Christoph Kainz ist Bürgermeister von Pfaffstätten und Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes. Im Interview spricht er darüber, welche Rolle Gemeinden in Krisensituationen spielen und warum Vorbereitung auf Katastrophen immer wichtiger wird. [☞ VON HELMUT REINDL](#)

NÖ GEMEINDE: Gemeinden sind oft die erste Ebene, die mit Krisen konfrontiert ist. Wie kann ein Bürgermeister Ruhe und Orientierung vermitteln, wenn die Lage unübersichtlich ist und Informationen noch unvollständig sind?

CHRISTOPH KAINZ: Die Gemeinde ist im Krisenfall die erste Anlaufstelle für die Bevölkerung. Gerade deshalb ist es entscheidend, dass bereits im Vorfeld klare Strukturen und Verantwortlichkeiten definiert sind. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten gemeinsam mit ihrem Team festlegen, wer im Ernstfall welche Aufgaben übernimmt. Diese Abläufe müssen regelmäßig geschult und geübt werden. Ebenso wichtig ist eine verlässliche Informationspolitik. Wer schon im Normalbetrieb darauf achtet, nur gesicherte Informationen zu veröffentlichen, schafft Vertrauen. Offizielle Informationskanäle der Gemeinde – etwa Website, Social Media oder Gemeindefunkmedien – sollten regelmäßig genutzt und beworben werden. Vorbereitung schafft Sicherheit – für die Verantwortlichen ebenso wie für die Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten Jahren gab es zahlreiche Ereignisse – vom Starkregen über Hagel bis hin zu Hochwasserkatastrophen. Hat sich dadurch das Bewusstsein für Katastrophenvorsorge auf Gemeindeebene verändert?

Jede größere Krise erhöht das Bewusstsein für Vorsorge und Krisenmanagement – sowohl in den Gemeinden als auch in der Bevölkerung. Das zeigt sich nach Starkregenereignissen, Hagelunwettern oder Hochwasserkatastrophen sehr deutlich. Allerdings hält dieses Bewusstsein oft nur eine gewisse Zeit an. Wenn längere Zeit nichts passiert, rückt das Thema Sicherheit wieder in den Hintergrund. Eine wichtige Aufgabe im Zivilschutz ist es daher, dieses Bewusstsein das ganze Jahr über wach zu halten – ohne Angst oder Panik zu verbreiten.

Es geht vielmehr darum, Menschen zu zeigen, wie sie sich bestmöglich vorbereiten können. Denn je besser Bürgerinnen und Bürger vorbereitet sind, desto mehr entlastet das im Ernstfall Gemeinden und Einsatzorganisationen.

Wo sind die größten Herausforderungen für Gemeinden, wenn es um Krisenvorsorge und Katastrophenschutz geht?

Gemeinden erfüllen heute eine Vielzahl an Aufgaben, weshalb das Thema Krisenvorsorge in ruhigeren Zeiten leicht in den Hintergrund geraten kann. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess. Sicherheit und Krisenresilienz sind keine Projekte, die man einmal abschließt und dann im Schrank ablegt. Regelmäßige Schulungen und Übungen sind notwendig, um Abläufe zu festigen. Gleichzeitig bringen Personalwechsel neue Anforderungen mit sich: Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen eingeschult werden und die Abläufe kennenlernen. Sicherheit entsteht daher nur durch kontinuierliche Arbeit.

Immer wieder wird über das Szenario eines großflächigen Stromausfalls diskutiert. Wie gut sind Gemeinden in Niederösterreich auf einen Blackout vorbereitet?

Ein sogenannter Blackout – also ein großflächiger Strom- und Infrastrukturausfall – kann grundsätzlich jede Gemeinde treffen. Deshalb ist es wichtig, dass Gemeinden entsprechende Sonderkatastrophenschutzpläne erarbeiten und regelmäßig überprüfen. Darin wird etwa festgelegt, wie Einsatzleitungen organisiert werden, wie Kommunikation aufrechterhalten werden kann, wie Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gesichert werden und wo Notlaufstellen für die Bevölkerung eingerichtet werden. Viele Gemeinden beschäftigen sich mittlerweile intensiv mit diesem Szenario und treffen entsprechende Vorsorgemaßnahmen.



⚡ Vorbereitung schafft Sicherheit
– für die Verantwortlichen ebenso wie für die Bürgerinnen und Bürger.



Christoph Kainz
Bürgermeister von Pfaffstätten und Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes



Im vergangenen Sommer fand in Krummnußbaum ein groß angelegtes Katastrophenschutz-Planspiel im Rahmen des Projekts „Krisensichere Gemeinde“ statt.

Welche konkreten Maßnahmen sollten Gemeinden treffen, um ihre Krisenfestigkeit zu erhöhen?

Das Wichtigste sind regelmäßige Schulungen und Übungen. Nur wenn Abläufe geübt werden, funktionieren sie im Ernstfall auch. Gleichzeitig sollten Gemeinden ihre Bevölkerung laufend über Zivilschutzthemen informieren und sensibilisieren. Je besser Menschen vorbereitet sind, desto resilienter wird auch die gesamte Gemeinde.

Welche Unterstützungsangebote gibt es seitens des Zivilschutzverbandes?

Der Niederösterreichische Zivilschutzverband unterstützt Gemeinden mit einem breiten Angebot. Dazu zählen etwa Stabs- und Planspiele, Schulungen für Gemeindeverantwortliche, Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung sowie ein umfangreiches Kursangebot im Ausbildungszentrum Zivilschutz. Auf der Homepage findet man unter anderem ein umfangreiches Angebot an Texten und Inseraten für die Gemeindezeitung sowie Presseartikel. Ein besonderes Angebot ist die Zertifizierung zur „Krisensicheren Gemeinde“. In diesem Prozess begleiten wir Gemeinden Schritt für Schritt dabei, ihre Krisenvorsorge zu

analysieren und weiterzuentwickeln. Die Teilnahme ist kostenlos und hilft dabei, Strukturen langfristig zu stärken.

Welche Krisenszenarien sollten Gemeinden besonders im Auge behalten?

Das hängt stark von den örtlichen Gegebenheiten ab. Naturgefahren wie Hochwasser oder Starkregen spielen vielerorts eine große Rolle. Grundsätzlich sollte sich aber jede Gemeinde intensiv mit dem Szenario eines großflächigen Strom- und Infrastrukturausfalls beschäftigen. Ein Blackout hätte weitreichende Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche.

Was ist Bürgermeister*innen zu raten, die das Thema Krisenvorsorge jetzt stärker angehen möchten?


Jede Gemeinde verfügt über einen Zivilschutzbeauftragten. Der erste Schritt sollte sein, mit ihm Kontakt aufzunehmen und gemeinsam Aktivitäten zu planen – etwa Informationsabende, Vorträge oder Übungen. Gleichzeitig empfehle ich, die Unterstützungsangebote des Niederösterreichischen Zivilschutzverbandes in Anspruch zu nehmen. Wir begleiten Gemeinden sehr gerne auf diesem Weg. ■ ■ ■

⚡ Sicherheit und Krisenresilienz sind keine Projekte, die man **einmal abschließt und dann im Schrank ablegt**.

Christoph Kainz

PSYCHOLOGIE

Klare Worte vermitteln Sicherheit

Ob Hochwasser, Stromausfall oder ein schwerer Unfall im Ortsgebiet: In Krisensituationen richten sich die Blicke der Bevölkerung zuerst auf die lokale Führungsebene. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen dann unter besonderem Druck. Wie sie sich verhalten, wirkt sich direkt auf das Sicherheitsgefühl der Menschen aus.  VON HELMUT REINDL



© chaynik - stockadobe.com

Sicherheit ist nicht nur eine Frage von Maßnahmen. Sie ist auch eine Frage der Wahrnehmung. Menschen fühlen sich sicher, wenn Situationen verständlich und vorhersehbar sind. Klare Informationen spielen dabei eine zentrale Rolle. Wer weiß, was passiert und warum etwas geschieht, empfindet weniger Unsicherheit.

Verlässlichkeit stärkt dieses Gefühl. Wenn Institutionen und handelnde Personen konsistent auftreten, wächst Vertrauen. Auch sichtbare Strukturen vermitteln Sicherheit. Dazu zählen funktionierende Abläufe, erreichbare Ansprechpersonen und klare Zuständigkeiten. Ein weiterer wichtiger Faktor ist Transparenz. Offene Kommunikation, auch über Probleme oder Unsicherheiten, wird meist besser angenommen als Beschwichtigung.

Ruhiges Führungsverhalten als Signal

In Gemeinden kommt der Rolle des Bürgermeisters eine besondere Bedeutung zu. Führung wird in Krisen sichtbar. Ein ruhiges Auftreten kann Sicherheit vermitteln, selbst wenn die Lage angespannt ist. „Ruhiges Führungsverhalten“ bedeutet nicht Passivität. Es bedeutet, kontrolliert und überlegt zu handeln. Dazu gehört eine klare Sprache ohne Dramatisierung. Entscheidungen werden

nachvollziehbar erklärt. Emotionen werden nicht ausgeblendet, aber auch nicht verstärkt. Ein sachlicher Tonfall kann helfen, die Situation einzuordnen. Hektik oder widersprüchliche Aussagen wirken dagegen verunsichernd. Studien aus der Krisenkommunikation zeigen, dass Menschen sich stark an Führungspersonen orientieren. Deren Verhalten dient als Maßstab für die eigene Einschätzung der Lage. Auch Körpersprache spielt eine Rolle. Ein stabiler, ruhiger Auftritt unterstützt die Botschaft. Sichtbare Präsenz vor Ort kann zusätzlich Vertrauen schaffen.

Ruhe bewahren als Fähigkeit

Ruhe zu bewahren ist keine Selbstverständlichkeit. In Stresssituationen reagiert der menschliche Körper automatisch. Hilfreich sind einfache Techniken. Dazu gehört bewusstes Atmen. Langsame, tiefe Atemzüge können körperliche Reaktionen dämpfen. Auch kurze Pausen vor wichtigen Entscheidungen sind sinnvoll. Sie ermöglichen eine strukturierte Einschätzung der Lage. Vorbereitung spielt ebenfalls eine große Rolle. Wer Abläufe und Zuständigkeiten kennt, kann schneller und sicherer handeln. Übungen und Szenarien helfen, Handlungssicherheit aufzubauen.

Wer als Bürgermeister präsent ist, sachlich spricht und auch unter Druck stabil bleibt, sendet ein wichtiges Signal: Die Lage ist ernst, aber jemand kümmert sich darum und übernimmt die Führung und Verantwortung. Ruhe bedeutet nicht, dass man emotionslos auftritt.

“ Wichtig ist es, nur Gesichertes zu sagen.



Der Kommunikationsexperte Christoph Angerer erklärt im Interview, wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit klaren Worten Sicherheit vermitteln und Vertrauen schaffen können.

NÖ GEMEINDE: Was vermittelt Sicherheit?

CHRISTOPH ANGERER: Menschen fühlen sich sicherer, wenn sie merken: Die Lage wird ernst genommen, jemand übernimmt Verantwortung, und es gibt klare Informationen. Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heißt das: Präsenz zeigen, verständlich kommunizieren und verlässlich sein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in einer Krise nicht Perfektion, sondern redliche Führung.

Wie kommuniziert man als Bürgermeister in einer Krise?

Am besten früh, klar und menschlich. Die Fragen, die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, sind meistens dieselben: Was ist passiert? Was wird gerade getan? Was bedeutet das für die Menschen vor Ort? Wann gibt es die nächste Information? Wichtig ist es, nur Gesichertes zu sagen. Wenn es Unsicherheiten gibt, kann man das auch offen aussprechen. Generell gilt: nichts zu sagen, macht eine Krise schlimmer. Dabei ist es nicht notwendig, sofort alle Antworten zu haben. Auch wenn noch nicht alle Fakten vorliegen, kann kommuniziert werden, dass die Situation geprüft wird und weitere Informationen folgen. Andernfalls können Gerüchte entstehen, die dann nicht mehr zu kontrollieren sind und Menschen verunsichern.

Wie kann ruhiges Führungsverhalten eines Bürgermeisters Sicherheit vermitteln?

Wer als Bürgermeister präsent ist, sachlich spricht und auch unter Druck stabil bleibt, sendet ein wichtiges Signal: Die Lage ist ernst, aber jemand kümmert sich darum und übernimmt die Führung und Verantwortung. Ruhe bedeutet nicht, dass man emotionslos auftritt. Wichtig ist es, klar zu bleiben und Spekulationen zu vermeiden. Die Menschen brauchen in solchen Situationen keine große Inszenierung. Besser ist es, die richtigen Worte im Trainings-



© Klaus Maislinger

anzug zu sagen, als hektisch in der Feuerwehruniform aufzutreten.

Wie kann man selbst Ruhe bewahren?

Da hilft vor allem eine klare Struktur und gute, vorausschauende Vorbereitung. Dann kennen alle ihre Zuständigkeiten und können einem Krisenplan folgen. So tun sich alle Beteiligten leichter, ruhig zu bleiben. Diesen Krisenplan hat man als Gemeinde idealerweise schon lange vorher erstellt. Zum Beispiel in einem Krisenhandbuch, in dem Abläufe und Zuständigkeiten für diverse Szenarien genau festgelegt sind. Organisation und Kommunikation folgen dann einem Plan, den man gemeinsam durchgespielt und überlegt hat. Wir haben schon für viele Unternehmen, Gemeinden und Institutionen solche Krisenhandbücher und Ablaufpläne erstellt und gute Erfahrungen damit gemacht. In der Erstellung werden oft auch Schwachpunkte in den Prozessen erkannt, die dann rechtzeitig behoben werden können.

Was sollte man sagen, und was besser nicht?

Wer sagt, was derzeit gesichert ist und wann die nächste Information folgt, macht alles richtig. Ebenso wichtig ist, die Sorgen der Menschen anzuerkennen und nicht zu verharmlosen. Beschwichtigungen wie „Es besteht kein Grund zur Sorge“ oder „Das ist halb so wild“ sollte man vermeiden. Genauso wie Spekulationen, Schuldzuweisungen und umständliche Verwaltungssprache. ■■■

👏 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in einer Krise **nicht Perfektion, sondern redliche Führung.**



Christoph Angerer

Experte für kommunale Kommunikation bei clavis Kommunikationsberatung. clavis berät Unternehmen, Gemeinden und Institutionen bei Infrastruktur- und Beteiligungsprojekten sowie im Bereich Krisenkommunikation.

Buchtipp

Johannes Latsch:
Bürgermeister und
Krisenkommunikation
Kommunal- und Schul-
Verlag, 278 Seiten,
20,60 Euro
ISBN 978-3-8293-1416-9

PRÄVENTION

Niederösterreich investiert weiter in Hochwasserschutz

Das Hochwasser im September 2024 hat deutlich gezeigt, wie wichtig rechtzeitige Maßnahmen und konsequente Investitionen in den Hochwasserschutz sind. Dort, wo bereits Schutzmaßnahmen umgesetzt wurden, konnten größere Schäden verhindert werden. Niederösterreich setzt deshalb weiterhin auf umfangreiche Projekte im ganzen Bundesland, um Gemeinden und Bevölkerung bestmöglich zu schützen.

H-Stellvertreter Stephan Pernkopf betont: „Die Sicherheit unserer Landsleute steht für mich an erster Stelle. Deshalb rüsten wir im Bereich des Hochwasserschutzes weiter auf – aus Liebe zum Land und für die beste Zukunft unserer Kinder. Gerade die Überschwemmungen 2024 haben gezeigt, wie wichtig es ist, frühzeitig zu handeln und unsere Gemeinden bestmöglich vor Naturkatastrophen zu schützen. Allein im Jahr 2025 wurden 16 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 40 Millionen Euro fertiggestellt, darunter große Maßnahmen an der Lainsitz in Gmünd sowie an der Krems.“

Aktuelle Projekte

Derzeit befinden sich 31 Hochwasserschutzprojekte in Umsetzung. Darüber hinaus starten heuer 28 neue Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 85 Millionen Euro, etwa am Hassbach in Warth, an der Perschling, an der Schwechat in Rannersdorf sowie am Nadelbach in St. Pölten. Für die Jahre 2025 und 2026 sind jeweils rund 80 Millionen Euro für Hochwasserschutzmaßnahmen vorgesehen – damit werden auch rund 2.600 Arbeitsplätze gesichert.

Parallel dazu wird das Mess- und Prognosesystem weiter ausgebaut. In den vergangenen Monaten wurden rund 40 zusätzliche Pegelstationen errichtet, insgesamt gibt es nun rund 930 Messstellen in Niederösterreich. Mit Prognosen an 59 Pegelstellen verfügt Niederösterreich über mehr Vorhersagepunkte als alle anderen Bundesländer zusammen.

Bevölkerung vorbereiten

Neben baulichen Maßnahmen spielt auch die Vorbereitung der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Aktuell verstärkt der niederösterreichische Zivilschutzverband die Zusammenarbeit mit dem Militärkommando Niederösterreich, um Ausbildung, Prävention und Krisenvorsorge weiter auszubauen.



LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf und VPNÖ-Zivilschutzsprecher Christoph Kainz betonen die Wichtigkeit der Eigenvorsorge.

VPNÖ-Zivilschutzsprecher LAbg. Christoph Kainz betont dabei die Bedeutung der Eigenvorsorge: „Krisen kommen oft ohne Vorwarnung. Umso wichtiger ist es, dass die Bevölkerung gut vorbereitet ist und weiß, wie man sich im Ernstfall richtig verhält. Regelmäßige Übungen und ein aktueller Informationsstand sind entscheidend, damit unsere Landsleute im Krisenfall rasch reagieren und sich selbst sowie andere schützen können.“ (Siehe auch das Interview mit Christoph Kainz auf Seite 22.) ■■■

“ Die Sicherheit unserer Landsleute steht für mich an erster Stelle.

Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter

Forstbewirtschaftung braucht verlässliche Partner

Waldflächen zu besitzen heißt, Verantwortung zu übernehmen. Gerade in Niederösterreich werden viele Wälder und kleinere Waldstücke nicht im Haupterwerb bewirtschaftet. Gleichzeitig steigen die Anforderungen: Bestände müssen gepflegt, Schäden rasch aufgearbeitet und Holz möglichst wirtschaftlich verwertet werden. Dafür braucht es Partner, die forstliches Know-how, regionale Präsenz und praktische Umsetzung verbinden.

Der Maschinenring begleitet Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer entlang der gesamten forstlichen Wertschöpfungskette. Das Leistungsspektrum reicht von Aufforstungsplanung, standortgerechter Baumartenwahl und Kulturschutz über Auf- und Durchforstung bis zu Holzschlägerung und Holzbringung. Auch der PEFC-zertifizierte Holzhandel ist Teil des Angebots. Damit erhalten Waldbesitzer Unterstützung in allen wesentlichen Phasen der Waldbewirtschaftung – von der Bestandesbegründung bis zur Nutzung und Vermarktung des Holzes.

Ein wesentlicher Vorteil liegt in der Bündelung dieser Leistungen. Der Maschinenring organisiert nicht nur einzelne Arbeitsschritte, sondern verbindet Pflege, Ernte, Transport und Vermarktung. Das erleichtert die Abstimmung, spart Aufwand und ermöglicht Lösungen, die an die jeweiligen Standortbedingungen angepasst sind. Besonders für Eigentümer kleinerer Waldflächen ist das von Bedeutung, weil nicht jede Maßnahme mit eigener Technik oder eigener Arbeitskraft umgesetzt werden kann. Gleichzeitig setzt der Maschinenring auf passende Holzernte-technologien, um Bestände und Waldboden möglichst zu schonen.



Der Maschinenring erzeugt Hackschnitzel aus Restholz und Schwachholz, übernimmt deren Vermarktung und bietet zugleich flexible Abnahmeoptionen für Biomasse.



© Maschinenring

Verwertung von Biomasse

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verwertung von Biomasse. Der Maschinenring erzeugt Hackschnitzel aus Restholz und Schwachholz, übernimmt deren Vermarktung und bietet zugleich flexible Abnahmeoptionen für Biomasse – etwa „Frei Werk“, „Ab Straße“ oder „Ab Stock“. Dadurch entsteht für Waldbesitzer eine praxisnahe Möglichkeit, auch Material aus Pflegemaßnahmen, Durchforstungen oder kleineren Schadholz mengen sinnvoll zu nutzen. Dass Hackgut an regionale Heizwerke und Partner vermarktet werden kann, stärkt nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die regionale Wertschöpfung.

Der Maschinenring unterstützt nicht nur bei der Lieferung von Biomasse, sondern auch beim laufenden Betrieb von Heizwerken. Professionell ausgebildete Heizwarte betreuen die Heizwerke und sorgen für einen sicheren und effizienten Betrieb.

So verbindet der Maschinenring Forstdienstleistungen, Holzvermarktung, Biomassehandel und Energiedienstleistungen zu einem umfassenden Angebot für Waldbesitzer und Gemeinden – regional, nachhaltig und praxisnah. ■■■

Das Leistungsspektrum des Maschinenrings reicht von Aufforstungsplanung, standortgerechter Baumartenwahl und Kulturschutz über Auf- und Durchforstung bis zu Holzschlägerung und Holzbringung.



Kontakt

Maschinenring-Service
NÖ-Wien

- 059060 300
- service.noe@maschinenring.at
- www.maschinenring.at

INFO

Landarbeiter wählen im Mai ihre Vertretung

Bei der NÖ Landarbeiterkammerwahl wählen alle unselbständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft in NÖ ihre Interessenvertretung für die kommenden sechs Jahre.

Die NÖ Landarbeiterkammer (NÖ LAK) ist die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich. Stimmberechtigt bei der Wahl im Mai 2026 sind alle LAK-zugehörigen Beschäftigten, die zum Wahlstichtag am 12. Jänner 2026 in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich gemeldet waren sowie alle LAK-zugehörigen Seniorinnen und Senioren. Die gesamten Wahlunterlagen werden von der NÖ LAK im Mai allen Wahlberechtigten per Post nach Hause zugeschickt.

Wie kann gewählt werden?

Per Briefwahl ab 15. Mai 2026

- Abgabe der Briefwahlunterlagen per Post, persönlich oder durch einen Boten

Stimmabgabe am Wahltag – 31. Mai 2026

- Abgabe der Briefwahlunterlagen im Einlaufkasten der Gemeinde bis spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der festgesetzten Wahlzeit



WAHLVERFAHREN

Vorzeitiger Abschluss möglich

Wenn alle Stimmen der Wahlberechtigten einer Gemeinde vorzeitig bei der Gemeindevahlbehörde eingelangt sind, besteht für die Gemeinden die Möglichkeit, das Wahlverfahren vorzeitig abzuschließen.

Dazu hat die Übermittlung des Wahlaktes nach vorheriger Absprache mit dem Bezirkswahlleiter bis spätestens Freitag, 29. Mai um 12.00 Uhr an die Bezirkswahlbehörde zu erfolgen. In diesem Fall kann die Öffnung des Wahllokals am Sonntag, den 31. Mai 2026 entfallen.



© Philipp Morhart

oder während der Wahlzeit direkt im Wahllokal der Gemeinde

- Persönliche Stimmabgabe im Wahllokal der Gemeinde, sofern nicht bereits davor per Briefwahl gewählt wurde.

Präsident Andreas Freistetter führt Liste NÖABB/FCG an

Als Spitzenkandidaten der Liste „Team Freistetter NÖAAB/FCG“ stellen sich Präsident Andreas Freistetter und Vizepräsidentin Judith Hartl der Wahl.

Die NÖAAB/FCG-Fraktion hält derzeit 34 von insgesamt 40 Mandaten in der Vollversammlung der NÖ LAK und ist damit klar die stimmenstärkste Fraktion im „LAK-Parlament“. Präsident Freistetter hat sich für die Wahl ambitionierte Ziele gesetzt: „Natürlich wollen wir mit unserem Team so viele Mitglieder wie möglich von unserem Weg überzeugen und Stimmen zulegen. Je mehr Mitglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, desto stärker können wir als NÖ LAK auftreten. Jede Stimme ist ein Vertrauensbeweis für unsere Arbeit“.

Präsident Andreas Freistetter und Vizepräsidentin Judith Hartl sind die Spitzenkandidaten der NÖABB/FCG-Liste.

Information

www.landarbeiterkammer.at/noe

Bei Fragen zur Wahl bittet die NÖ LAK um Kontaktaufnahme per Mail an lak2026@lak-noe.at.

Hilfswerk-Menüservice entlastet im Alltag

Als zuverlässiger Partner der Gemeinden liefert das Hilfswerk-Menüservice Speisen bis zur Haustür. Einkaufen und kochen sind nicht notwendig, und die Auswahl ist groß.

Seit fast 20 Jahren ist das Menüservice eine wertvolle Ergänzung zu den mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten des Hilfswerk Niederösterreich. Und es ist für viele Gemeinden eine willkommene Bereicherung des bestehenden lokalen Verpflegungsangebots.

Die Mahlzeiten werden direkt ins Haus geliefert – ob Privathaushalte, Firmen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen. Die Speisen sind tiefgekühlt und werden, je nach Belieben, aus dem Tiefkühlfach genommen und erwärmt. Das Sortiment ist riesig, die Speisen sind von hoher österreichischer Qualität, ohne künstliche Zusätze und natürlich palmölfrei zubereitet. Im Sortiment finden sich auch für Diabetiker geeignete Kost, Leichtkost sowie salzreduzierte, vegetarische, glutenfreie und laktosefreie Gerichte.

Das Hilfswerk hat zwei Top-Angebote für Ihre Gemeinde:

1. Das „Restaurant zuhause“

Als praktische Ergänzung zu bestehenden Angeboten – zum Beispiel für Randgebiete oder für Menschen mit speziellen Ernährungsbedürfnissen. Die Genießer haben die freie Wahl zwischen fertig zusammengestellten Hilfswerk-Wochenmenüs und „à la carte“ mit über 100 Gerichten. Es wird direkt an die Haushalte zugestellt. Und je nach Saison gibt es immer wieder neue Schmankerl. Der neue, seit 1. April gültige Katalog mit dem gesamten Angebot kann ab sofort angefordert werden. Übrigens: Das Menüservice beliefert auch kleine und mittlere Betriebe, und auch für die „Home office-Kantine“ zuhause werden die Angebote gerne genutzt. Testangebot für Neukundinnen und -kunden: Vier Speisen zum Probieren um nur 18 Euro.

2. Mittagstisch für Kindergärten und Schulen

Schon ab zwei Portionen täglich werden auf Wunsch individuelle Lösungen angeboten.



© Hilfswerk

Der Menüplan wird kindgerecht gestaltet und mit frischem Salat, Obst und Milchprodukten ergänzt. Die Gerichte werden portionsweise bestellt und abgerechnet. Dazu kommt ein umfassendes Serviceangebot: Keine Zustellgebühr; die Geräte zur Lagerung und Aufbereitung werden kostenlos zur Verfügung gestellt; und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der pädagogischen Einrichtungen werden vom Hilfswerk eingeschult. ■■■

Das Sortiment ist riesig, die Speisen sind von hoher österreichischer Qualität, ohne künstliche Zusätze und natürlich palmölfrei zubereitet.

KATALOG



Einfach bestellt. Kostenlos geliefert. Schnell zubereitet. Und kein organisatorischer oder finanzieller Aufwand für die Gemeinde!

Überzeugen Sie sich selbst von der Qualität: Sehr gerne kommt das Menüservice auch für eine Verkostung zu Ihnen!

Info und Bestelltelefon

05 9249 80800

menueservice@noe.hilfswerk.at

■ VERANSTALTUNG

Zukunft gestalten beginnt im Dialog

Die Herausforderungen für Österreichs Gemeinden wachsen – und mit ihnen der Bedarf an Orientierung, Austausch und konkreten Lösungen. Genau hier setzt das Kommunalwirtschaftsforum (KWF) 2026 an, das von 21. bis 23. April im Hotel Steigenberger in Krems stattfindet.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern die Verwaltung in einem atemberaubenden Tempo, finanzielle Spielräume werden enger, und der Klimawandel stellt die kommunale Daseinsvorsorge vor völlig neue Anforderungen. Das Kommunalwirtschaftsforum 2026 greift genau diese Themen auf und bietet einen strukturierten Rahmen, um gemeinsam Antworten zu entwickeln. Die Kernthemen lauten: Digitalisierung & Künstliche Intelligenz, Zukunftswege des kommunalen Managements, Finanzen & Ressourcennutzung sowie Energieeffizienz, Klima & Nachhaltigkeit.

Hochkarätige Referentinnen und Referenten

Das Programm überzeugt mit einem bemerkenswert breiten Spektrum an Expertenwissen:

- Der Strategie- und KI-Experte Markus Petzl beleuchtet, was der disruptive Sprung ins KI-Zeitalter für Gemeinden konkret bedeutet.
- Marlon Possard von der Sigmund-Freud Privatuniversität Wien widmet sich den rechtlichen und ethischen Fragen rund um den Einsatz Künstlicher Intelligenz.
- Karoline Mitterer vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung zeigt Wege zur Haus-

haltskonsolidierung und finanziellen Resilienz auf.

- Und Markus Reisner vom Österreichischen Bundesheer wirft einen analytischen Blick auf die geopolitischen Verwerfungen unserer Zeit.

Ergänzt wird das Programm durch praxisnahe Einblicke: Reinhard Haider, Amtsleiter der Gemeinde Kremsmünster und Chef des Fachverbandes leitender Gemeindebediensteter FLGÖ, berichtet aus einer der digitalsten Gemeinden Österreichs. Transformationsarchitektin Sabine Gromer zeigt, wie würdevolle Veränderungsprozesse gelingen. Den Auftakt des dritten Tages gestaltet Manuel Ortlechner, ehemaliger Kapitän des FK Austria Wien, mit einem aktivierenden Morgenprogramm.

Drei Runden Workshops, ein Netzwerk

Neben Keynotes und Paneldiskussionen bietet das KWF 2026 vier Workshop-Runden zu Themen wie Gemeindeimmobilien, ländliche Mobilität, Hochwasserschutz, Chancengleichheit als Wirtschaftsfaktor und Naturgefahrenscreening. Hier wird nicht nur diskutiert – hier wird gearbeitet. ■■■

KOMMUNAL Wirtschafts forum

Aktion für Leser der NÖ Gemeinde

- Anmeldung unter: www.kommunalwirtschaftsforum.at/anmeldung_gemeinde
- Bei der Ticketanmeldung (Eingabe der Daten) den Gutscheincode **NÖGX20** im dafür vorgesehenen Feld („ich habe einen Aktionscode erhalten“) eingeben
- Auf „Weiter“ klicken
Im nächsten Schritt wird der rabattierte Preis angezeigt, bitte die Anmeldung abschließen.

Oder direkt hier anmelden:



Tagungsort ist das Hotel Steigenberger in Krems.

KOMMUNAL Wirtschafts forum

DIE INNOVATIONSPLATTFORM FÜR KOMMUNEN UND WIRTSCHAFT

Von 21.-23. April 2026 laden wir Österreichs Entscheidungsträger:innen zum Kommunalwirtschaftsforum 2026 in das Hotel Steigenberger nach Krems. Es warten zwei spannende Kongresstage gefüllt mit inspirierenden Keynotes, interaktiven Workshops und hochkarätig besetzten Panel Talks.

21. – 23. APRIL 2026
HOTEL STEIGENBERGER
KREMS/DONAU

Jetzt anmelden!



WWW.KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM.AT